

Bundeswehr- einsatz stoppen!



Deutsche Soldaten sind wieder unterwegs in aller Welt. Ausgestattet mit scharfer Munition und der Lizenz zum Töten. Die Einsätze könnten gefährlich werden. Soldaten könnten getötet werden, heißt es vorsorglich. Aber die Kampfeinsätze der Bundeswehr können auch für Menschen gefährlich werden, von denen bisher niemand redet: Für die Menschen nämlich, die demnächst durch deutschen Soldaten erschossen werden könnten.

Von Georg Kümmel, Köln

Und Schröder und Fischer möchten, dass dann niemand meckert. Deshalb haben sie so vehement um breite Zustimmung gekämpft. Trotzdem bleibt die Frage: Sollen Menschenleben für höhere moralische Werte geopfert werden oder geht es einfach um Mord aus niederen Motiven?

Humanität?

In Afghanistan sollen Bundeswehrsoldaten vermeintlich zum Schutz der Zivilbevölkerung und Versorgung der Flüchtlinge eingesetzt werden. Insbesondere der Schutz der Frauen liegt Herrn Schröder und Herrn Fischer angeblich am Herzen. Also, wir schicken Bundeswehrsoldaten, scharf bewaffnet und mit der Lizenz zum Töten ausgestattet, nach Afghanistan, um dort wehrlose Frauen zu schützen. Und gleichzeitig sitzen in Deutschland Frauen, die aus ihrer Heimat geflohen sind, darunter selbst schwangere Frauen, in Abschiebehaft. Und diese Frauen werden dann mit Hilfe bewaffneter Bundesgrenzschutzsoldaten aus Deutschland abgeschoben. Sie werden auch in Länder abgeschoben, in denen immer noch Frauen beschnitten werden. Hat jemals ein Grünes Regierungsmitglied gefordert, ein

bewaffnetes Sondereinsatzkommando der Bundeswehr loszuschicken, um diese Frauen aus einem deutschen Abschiebeknast zu befreien?

Egal was uns über den Bundeswehreinsatz erzählt wird, um Humanität geht es bestimmt nicht.

Solidarität?

Vielleicht um Solidarität mit dem Bündnispartner USA? Die Weltmacht USA hat 1,4 Millionen Soldaten unter Waffen. Glaubt jemand, sie wäre in Afghanistan auf die Hilfe von ein paar hundert Bundeswehrsoldaten angewiesen? Aber haben die USA auch den Giftgas-Spürpanzer „Fuchs“? Ja, so etwas haben sie. Genauso gut oder noch besser. Die USA haben Deutschland nicht um Hilfe gefragt, sondern Schröder und Fischer haben sie ihnen aufgedrängt, weil sie nämlich unbedingt militärisch dabei sein wollen, wenn die Karten in irgendeiner Weltregion neu gemischt werden.

Aber sollen wir uns denn vor dem „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ drücken? Während Abstimmung und Vorbereitung zum Bundeswehreinsatz in aller Welt liefen, wurde bekannt, dass Minister Scharping gerade deutsche Waffen in aller Welt zum Kauf anbot, darunter Ländern wie Nigeria. (Süddeutsche Zeitung vom 19.11.01) In Nigeria herrscht teilweise Bürgerkrieg. Waffenlieferungen in Bürgerkriegsländer. Zusammenarbeit mit Militärdiktaturen wie Pakistan, mit Regimes, die Foltern und Morden, wie Iran und China. Applaus im Bundestag für Putin, der ganz Grosny in Schutt gebombt hat – das versteht die Bundesregierung unter Kampf gegen Terrorismus.

Was uns an Begründungen für den Bundeswehreinsatz aufgetischt wird, ist ungeheuerlicher Unsinn.

Ausbeutung

In Wahrheit geht es immer noch um dieselben Ziele, um die es schon seit hundert Jahren geht, wenn deutsche Soldaten bewaffnet in die Welt ziehen: Es geht in letzter Konsequenz um die Durchsetzung wirtschaftlicher und machtpolitischer Interessen der Banken und Konzerne. Von Deutscher Bank bis Daimler, es sind dieselben Banken und Konzerne, die schon im letzten Jahrhundert und heute wieder, im globalen kapitalistischen Konkurrenzkampf ihre Position bei der Ausbeutung der Welt militärisch absichern und zur Not auch militärisch durchsetzen wollen.

Das einzige, was sich geändert hat, ist: nach der grausamen Erfahrung mit dem deutschen Militarismus sind große Teile der Bevölkerung gegen Bundeswehreinsätze oder zumindest sehr, sehr misstrauisch. In diesem Sinne besteht die „historische“ Aufgabe von Schröder und Fischer darin, ihr ganzes politisches Gewicht einzusetzen, um der Bevölkerung die große Lüge von den hehren Zielen der Bundeswehreinsätze zu verkaufen. Eine wesentliche Aufgabe der Antikriegsbewegung wird sein, das fast jede Vorstellungskraft übersteigende Ausmaß der Lügen und der Heuchelei der Herrschenden bekannt zu machen. Und es kommt darauf an, zu erklären, dass der kapitalistische Konkurrenzkampf immer wieder zu Krieg geführt hat und immer wieder zu Krieg führt, bis dieses wahnsinnige System abgeschafft worden ist.

**NEIN zum Krieg
NEIN zu Bundeswehreinsätzen
FÜR eine sozialistische Demokratie weltweit**

Auf nach Brüssel!

13.-15.12.: Demos gegen den EU-Gipfel

15.12.: Internationale Jugendkonferenz gegen Krieg und Ausbeutung

Anlässlich des EU-Gipfels in Brüssel stehen große internationale Proteste gegen Krieg und Militarismus, aber auch gegen Privatisierungen und Bildungsabbau an.

Am 12. und 13. Dezember wird es in Brüssel eine europäische Erwerbslosenversammlung geben, organisiert durch die Euromärsche. Für Donnerstag, den 13.12. mobilisiert der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) zu einer Demonstration, bei der 70.000 TeilnehmerInnen erwartet werden. Am Freitag, den 14.12. protestieren voraussichtlich 40.000 Menschen bei der Antiglobalisierungsdemonstration gegen die Politik der EU. Auf der am Samstag, den 15.12. dann stattfindenden Internationalen Jugendkonferenz gegen Krieg und Ausbeutung wird über die Perspektiven des Widerstandes diskutiert und der Grundstein für eine internationale Vernetzung gelegt.

AFGHANISTAN

Befreiung oder imperialistische Besatzung?

Seite 3

ver.di

Solidaritätskampagne gegen Gewerkschaftsausschluss

Seite 4

BOLOGNA-ERKLÄRUNG

Wettbewerb und Elite an den Unis

Seite 5

BUNDESWEHR

Neue Rolle des deutschen Imperialismus

Seite 6-7

Wie tief wird die Krise?

Jetzt ist es amtlich: Die Rezession in den USA hat schon im März begonnen, ein halbes Jahr vor dem Anschlag auf das World Trade Center. Ursache dafür waren die jahrhundertalten Widersprüche des Kapitalismus: Produziert wird nicht zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern für Profit.

Von Wolfram Klein, Stuttgart

Wenn Profite erwartet werden, wird investiert und die Produktion ausgedehnt. Da jeder Konzern einen möglichst großen Marktanteil möchte, werden dabei regelmäßig Überkapazitäten angehäuft. Ein BMW-Chef sagte mal: „Es werden zu viele Autos produziert, aber zu wenig BMWs“.

Überkapazitäten

Schließlich gefährden Überkapazitäten und damit mangelnde Kapazitätsauslastung die Profite. Die Konzerne machen eine Notbremung und streichen ihre Investitionspläne zusammen. Damit sinkt ihre Nachfrage nach Maschinen, Rohstoffen, Halbfabrikaten; Überstunden werden abgebaut, Kurzarbeit eingeführt, Stellen gestrichen; Einkommen sinken und damit die Verbrauchermachere. Durch die sinkende Nachfrage sinkt die Auslastung noch mehr, der Teufelskreis ist perfekt.

In den letzten Krisen wurde dieser Mechanismus durch die Ölpreisexpositionen 1973, 1979 und 1990 bis zu einem gewissen Grad verdeckt. Diese Krise wird durch das Platzen der Spekulationsblase (seit dem Höchststand im Frühjahr 2000 sind die Börsenwerte der Aktien weltweit um ein Drittel gefallen) verschärft. Der Aktienboom in den USA hatte den Konsum angeregt und zu Verschuldung verleitet, weil er Aktionäre auf dem Papier reicher machte. Das führte zu einem Investitionsboom in den USA – bis fallende Profite Kurse und Investitionen in den Keller trieben.

Im Oktober schrumpfte die US-Industrie den 14. Monat in Folge, die Gesamtwirtschaft seit dem dritten Quartal auch. In Japan wird sowohl für 2001 als auch 2002 ein deutlicher Einbruch erwartet.

Rezession

In Deutschland schrumpfen die Investitionen schon seit dem vierten Quartal 2000. Die Ausrüstungsinvestitionen fielen damals um 0,5 Prozent, in den letzten zwölf Monaten zusammen um über sechs Prozent. Der Maschinen- und Anlagenbau hatte im dritten Quartal 14 Prozent weniger Aufträge als im Vorjahresquartal. Für nächstes Jahr wird ein Produktionsrückgang um zwei Prozent erwartet



Vor drei Jahren hatte sich Schröder zum Kanzler des Aufschwungs gekürt. Fest steht, dass er heute der Kanzler des Abschwungs ist. Da kann er sich noch so sehr bemühen, auf Optimismus zu machen

(Financial Times Deutschland, 30.10.01).

Der Export profitiert davon, dass die Krise in anderen EU-Ländern sich langsamer entwickelt, wird aber einbrechen, wenn Frankreich & Co. von der Krise voll erfasst werden.

Die Gewinne der 30 im DAX notierten Firmen waren im ersten Halbjahr 30 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum, im dritten Quartal sogar um 70 Prozent (Handelsblatt 27.11.01)!

Aussichten

Wirtschaftsforscher wollen uns beruhigen, dass die Krise kurz sein werde, schon im nächsten Sommer werde es wieder nach oben gehen. Aber Wirtschaftsprognosen sind meistens falsch, auch weil sie vereinfachte Modelle benutzen, die nicht berücksichtigen, wie sich Faktoren gegenseitig hochschaukeln oder runterreißen. Genau das wirkt sich jetzt besonders aus: Die Einbrüche bei den Börsen und die Krise der Realwirtschaft verstärken einander, ebenso die Krisen in den USA, Japan und Westeuropa.

Obendrein sind die Möglichkeiten zur Ankerbelegung der Wirtschaft begrenzt. Überschuldete Firmen und Haushalte geben auch bei niedrigen Zinsen nicht viel aus. Hohe Staatsschulden und die Zwangsjacke des Stabilitäts- und Wachstumspakts im Euroraum lassen wenig Spielraum für Konjunkturprogramme (die in Japan auch wenig gebracht haben).

Wir müssen mit einer langen und tiefen Krise rechnen. Die Konzerne werden versuchen, ihre Folgen auf uns abzuwälzen, nach dem alten Motto „Der Unternehmer trägt das Risiko und die Arbeiter die Folgen“.

Wofür führen Bush, Blair und Schröder Krieg?

Nach den Anschlägen des 11. September rief Bush zum „Krieg gegen den Terrorismus“. Aber Elend, Unterdrückung, wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, Perspektivlosigkeit sind eine Wurzel des Terrorismus. Der Krieg macht all dies schlimmer und treibt weiter verzweifelte Menschen in die Sackgasse des Terrorismus. Der Krieg erreicht also das Gegenteil seiner angeblichen Ziele.

Genauso wenig geht es um die Befreiung afghanischer Frauen oder anderer Opfer der mittelalterlichen Talibanherrschaft. Die Herrschaft von Kräften der heutigen Nordallianz zwischen 1992 und 1996 beweist, dass diese fast genau reaktionär ist. Einig war sich diese nur gegen die Taliban. Längst bekämpfen sie sich untereinander – das Leiden der Bevölkerung geht weiter.

Was sind aber dann die wirklichen Gründe für diesen Krieg? Die Anschläge gegen Pentagon und World Trade Center haben das Prestige des US-Imperialismus schwer angeschlagen, nach innen und nach außen. Kapitalistische Regierungen verbreiten eine nationalistische Ideologie, nach der alle in einem Boot sitzen. Sie nützt den Herrschenden, weil sie die Lohnabhängigen hindert, ihre eigenen Interessen zu vertreten, aber um sie aufrecht zu erhalten, muss der Bevölkerung ein Minimum an Schutz geboten werden. Da die US-Regierung mit dem Tod von Tausenden Menschen dieses Gefühl der Sicherheit nicht weiter vermitteln konnte, musste sie in ihrer nationalistischen Logik reagieren.

Ebenso wichtig ist das Prestige nach außen. Wenn der US-Imperialismus jedes mal seine Flotte aufhängen müsste, wenn billige Rohstoffe oder Absatzmärkte gesichert werden sollen, würden die billigen Rohstoffe ziemlich teuer werden. Er ist darauf angewiesen, dass andere Länder kuscheln, wenn er nur droht – oder er gar nicht erst drohen muss. Die Attentate erzeugten den Eindruck der Schwäche und Verwundbarkeit. Nach Berichten pakistanischer Lin-

ker glaubten dort viele nach dem 11. September, wenn die USA nicht mal ihr eigenes Land schützen können, dann könnten sie die Taliban erst Recht nicht besiegen. Solche Vorstellungen sollten durch eine Machtdemonstration zerstört werden.

Wachsende Bedeutung erlangen ökonomische Motive. Nach Schätzungen übertreffen die Erdöl- und Erdgasvorkommen im Kaspischen Becken die Vorkommen von Iran und Irak. Die USA wollen in Afghanistan eine zuverlässige Regierung installieren, um eine Pipeline durch das Land bauen zu können und damit wieder auf den Iran nach auf Russland angewiesen sein zu müssen. Mittlerweile wurden auch schon Truppen in den zentralasiatischen Erdölstaaten selbst stationiert. Darüber hinaus spekulieren Kreise des US-Establishments auf eine Ausdehnung des Krieges – möglicherweise auf den Irak, um Saddam Hussein durch ein gehorames Regime zu ersetzen. Der Faktor Öl wird um so wichtiger, je mehr die US-Politik bisherige Erdöllieferanten wie das saudiarabische Regime in Schwierigkeiten und auf Distanz bringt.

Der bisherige Krieg ist weitgehend ein von den USA geführter Krieg. Obwohl der NATO-Bündnisfall ausgerufen wurde, sind Bush, Rumsfeld und Co. darauf aus, die alleinige Führungsrolle zu behalten. In ihrem Windschatten jedoch verfolgen die Herrschenden in Britanien, Frankreich oder in Deutschland ihre eigenen Ziele. Das deutsche Kapital streift danach, als ökonomischer Riese nicht länger militärischer Zwerg zu bleiben. In den neueren Jahren wurden auf diesem Weg schon entscheidende Engpässe zurückgelegt. Die jüngsten Ereignisse sollen genutzt werden, um ihrem Ziel noch einen großen Schritt näher zu kommen. Das Ziel ist die Erweiterung der Einflussphären – im Sinne der ökonomischen, politischen und geostrategischen Interessen des deutschen Imperialismus.

Das SAV-Programm gegen Arbeitsplatzabbau

Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze

Mit dem „5.000 mal 5.000“-Modell zielen die VW-Chefs auf Löhne unter dem Flächentarifvertrag und Arbeitszeiten über der 35-Stunden-Woche ab. Bei Krupp Stahlbau ließ sich die IG Metall Berlin auf 15 Prozent Gehaltsverzicht ein. Im Vorfeld der Tarifverträge 2002 reden die Unternehmer dem Lohnverzicht das Wort. Lohnverzicht in Krisenzeiten ist nicht neu, hat aber noch nie Arbeitsplätze gerettet.

Zwischen 1991 und 1995 mussten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Reallohnverluste von 5,6 Prozent hinnehmen, während die Arbeitslosigkeit gleichzeitig von 2,6 auf 3,7 Millionen stieg.

Keine Entlassungen und Betriebsschließungen

Das einzige, was Arbeitsplätze rettet, ist der Kampf um Arbeitsplätze. Der Aufschwung ist an ArbeiterInnen, Arbeitslosen, Jugendlichen und sozial Benachteiligten vorbei gegangen. Jetzt soll die Krise auf ihrem Rücken abgewälzt werden. Wenn Konzernchefs behaupten, dass rote Zahlen geschrieben werden, dann sollen sie die Geschäftsbücher offenlegen, damit die Belegschaften sehen können, wo die Gewinne hingegangen sind, die von ihnen erwirtschaftet wurden. Kapitalisten, die Betriebe dichtmachen wollen, gehören enteignet. Entschädigungen dürfen nur bei erwiesener Bedürftigkeit gezahlt werden.

Es wird höchste Zeit dafür zu kämpfen, dass Co-Management und „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ eine Absage erteilt wird. Die Gewerkschaften sollten für einen Austausch zwischen allen Belegschaften sorgen, die mit Entlassungen und Betriebsschließungen konfrontiert sind. Vertrauensleute und Betriebsräte sollten auf einer Konferenz zusammen kommen, damit die nächsten Kampfstrategien demokratisch diskutiert und entschieden werden können. Öffentlichkeitsarbeit, Großdemonstrationen, eintägige Streik- und Protesttage, weitergehende Streikmaßnahmen bis hin zur Betriebsbesetzung und die Aufstellung alternativer Produktionspläne gehören auf die Tagesordnung.

Verteilung der Arbeit auf alle.

30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als ersten Schritt

Arbeitssetze, Überstunden, verlängerte Lebensarbeitszeit für die einen, erzwungenes Nichtstun für die anderen – ein schreiender Widerspruch der Marktwirtschaft.

Aufgrund des technischen Fortschritts und bei Verteilung der Arbeit auf alle konnten wir weniger arbeiten – bei gleichem Lebensstandard. Durch technischen Fortschritt wurde und wird die Produktivität gesteigert, mit immer weniger Ar-

beit können dieselben oder sogar mehr Werte geschaffen werden, die Gesellschaft wird nicht ärmer, sondern reicher.

Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Bildung und Gesundheitswesen

Statt für die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu investieren und damit Arbeitsplätze zu schaffen, werden heute Milliardensummen zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit ausgegeben. Allein die jährlichen Kosten der Arbeitslosigkeit entsprechen den Kapitalkosten für etwa 750.000 Arbeitsplätze. 150 Milliarden Mark Ausgaben sowie Mindererträge bei Steuern und Sozialabgaben kostete im Jahr 2000 die Arbeitslosigkeit (laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit).

Hinzu kommt der Ausfall bei der Erwirtschaftung des Sozialprodukts. Bei einem durchschnittlichen Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen von 102.000 Mark (im Jahr 2000) könnten 3,7 Millionen Arbeitslose ungefähr 400 Milliarden Mark erwirtschaften – das entspricht 80 Prozent vom Volumen des gesamten Bundeshaushalts.

Nein zu Privatisierungen. Rücknahme aller bisherigen Privatisierungen

Zwischen 1991 und 2001 wurden 1,6 Millionen Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut (laut Deutschem Beamtenbund), was zur Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen wie auch der Arbeitsbedingungen führte. Das Ergebnis sind unter anderem zu große Kindergartengruppen und Schulklassen, überfüllte Unis, schlechter öffentlicher Personennahverkehr.

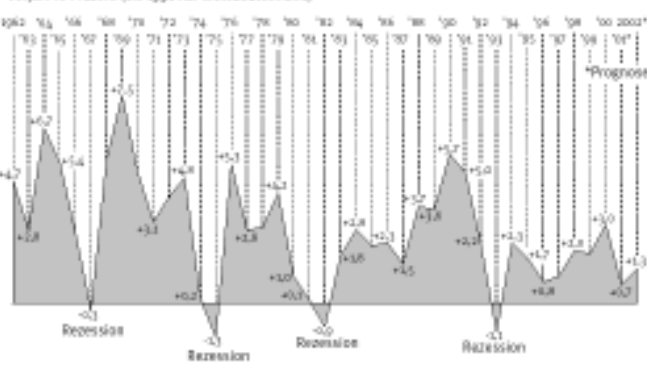
Post und Bahn sind seit der Privatisierung nicht besser, sondern schlechter geworden, was Arbeitsbedingungen, Löhne, Ausbildungsstellen, Preise und Service betrifft. Die Rücknahme aller bisherigen Privatisierungen und Neueinstellung, bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung im Interesse der Nutzer und Beschäftigten, sind nötig.

Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung

Im heutigen Wirtschaftssystem wird eine kleine Minderheit reicher, während die Mehrheit sinkende Reallohn und Armut erfährt. Um Arbeit und gesellschaftlichen Reichtum sinnvoll einzusetzen, muss die Macht des Kapitals gebrochen werden. Dann ist eine demokratische Planung von Produktion und Verteilung im Interesse und unter Einbeziehung der Beschäftigten und VerbraucherInnen möglich.

Berg- und Talfahrt der Konjunktur

Reale (inflationsbereinigte) Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in Prozent (bis 1991 nur Westdeutschland)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Neuer Job mit vielen Versprechungen – nach 3 Monaten kam die Kündigung

In der Druckerei, in der ich im Herbst diesen Jahres anfang, musste ich von Anfang an 10 Stunden pro Tag arbeiten. Für ein Kleinunternehmen in Rostock vielleicht nicht ungewöhnlich, doch schon nach zwei Monaten waren dann 12 bis 13 Stunden normal. Überstunden wurden nicht bezahlt. Weihnachts- und Urlaubsgeld gab es nicht. Nur enormen Leistungsdruck. Der führte öfter zu Fehlproduktion und noch mehr Druck. Ich fühlte mich zunehmend schlechter. In so einem Arbeitsklima hält es niemand aus. Nach 3 Monaten kam dann die Kündigung.

Jetzt stehe ich also auf der Straße, doch damit nicht genug. Die Eigentümerin zahlt keinen Lohn für die

geleistete Arbeit der letzten 6 Wochen mit der Begründung, damit Fehlleistungen von mir auszugleichen. Dann habe ich auch noch Stress mit dem Arbeitsamt. Erst haben sie den Antrag verschnappt und jetzt versuchen sie mir das Arbeitslosengeld zu sperren. Sie wollen mir auch keine Umschulung und Weiterbildung bezahlen. Um überhaupt leben zu können, musste ich bereits meine Eltern wegen der Miete anpumpen.

Wenn ich nicht in der SAV organisiert wäre, hätte ich sicher schon kapituliert.

Frank Zimmermann, Rostock

Arbeitsplatzvernichtung – diese Beispiele sind nur die Spitze vom Eisberg:

weltweit

- Alcatel: 33.000
- Unilever: 33.000
- Siemens (einschließlich Infineon): 23.000
- Fujitsu: 16.400
- Philips: 10.000
- Citigroup: 7.800
- Hewlett-Packard: 7.000
- Bayer: 4.000
- ...

bundesweit

- Münchner Hypovereinsbank: 9.000
- Deutsche Bank: 7.100
- Karstadt: 4.700
- MAN: 4.000
- Commerzbank: 3.400
- Hochtief: 1.400
- ...

Branchen (BRD)

- Handwerk: 200.000
- Bauindustrie: 60.000
- Einzelhandel: 25.000
- ...

Die Zahlen beziehen sich ausschließlich auf die akut geplanten Stellenstreichungen

Afghanistan Befreiung oder Besetzung?

Das reaktionäre Taliban-Regime ist binnen weniger Tage wie ein Kartenhaus zusammengefallen. **„Die wilden Gotteskrieger schienen sich wie ein böser Spuk zu verflüchtigen“** (Spiegel vom 19. November). Im Volk verhasst, isoliert und durch die mörderischen US-Bombardements verängstigt, konnten sie nicht mal einen geordneten Rückzug antreten. Nach dem Fall von Masar-i-Scharif am 12. November marschierte die Nordallianz tags darauf kampflos in Kabul ein. Die Imperialisten glauben nun, den Weg frei zu haben, Afghanistan in ein Protektorat zu verwandeln.

Von Gaétan Kayitare, Aachen

Den imperialistischen Siegesfeiern dürfte aber rasch die Enttächerung folgen. Eine kleine Armee von 40-60.000 schlecht bewaffneten und im Volk verhassten „Gotteskrieger“ zu verjagen, ist eine Sache. Eine andere Sache ist die Besetzung eines Landes von ungefähr 22 Millionen EinwohnerInnen (dazu kommen noch zwischen 5 und 7 Millionen AfghanInnen im Exil).

Für die afghanische Bevölkerung wird es egal sein, ob die Besatzer US-Uniform tragen oder als UN-Blauhelme rumlaufen werden.

Mit dem Einmarsch der Nordallianz in Kabul erleben die AfghanInnen – wie so oft in den letzten 25 Jahren – einen Machtwechsel, der weder Frieden noch Freiheit bringen wird. Mit Versprechungen von massiven Aufbauhilfen werden – wenn auch nur vorübergehend – die verschiedenen Kräfte bei der Stange gehalten.

Nordallianz

Manche werden wohl denken, dass sich Geschichte wiederholt. Die heutigen Akteure der Nordallianz, die sich in Afghanistan als Alliierte der USA breit machen, waren alle schon an der Regierung gewesen – von 1992-1996. Sie wurden auch vom CIA bewaffnet, damals im Kampf gegen die Sowjetunion und ihre Statthalter. Zusammen setzen sie sich aus Großgrundbesitzern, Monarchisten, reaktionären Mullahs und „warlords“, die nur vom Krieg leben. Von diesen Kräften konnte man kaum eine Agrarreform, eine Industrialisierung des Landes, einen Ausbau des Bildungssystems und demokratischen Rechte, geschweige denn Gleichberechtigung für Frauen erwarten.

Kaum an der Macht, waren sie sofort zerstritten und überzogen das Land mit einem fürchterlichen Bürgerkrieg. Allein in Kabul kosteten die Kämpfe zwischen den „warlords“ in ihrer Herrschaftszeit 50.000 Menschen das Leben. Kein Wunder, dass die damals zerstrittenen Mudschahidin 1996 durch die Taliban – mit Hilfe von Pakistan und den USA – in Windeseile von der Macht weggefegt werden konnten.

Wer dachte, Saulus wäre zum Paulus mutiert, wurde durch das Massaker an Hunderten bei der Einnahme von Masar-i-Scharif eines besseren belehrt. Besonders Frauen kommen beim Wechsel von den Taliban zur Nordallianz nur vom Regen in die Traufe.

Bei der größten ethnischen Gruppe, den Paschtunen, hat die Nordallianz keine Basis. Viele Paschtunen, die ungefähr 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen, werden sich

nicht vertreten fühlen – auch wenn die USA den 1973 gestürzten König, der ein Paschtune ist, aus dem italienischen Exil geholt haben, und ihnen mit diesem eine Vertretung vorgaukeln wollen.

„Wiederaufbau“ – Beispiel Balkan

Für die Afghanistan-Konferenz in Bonn wurde eine bunte Truppe mit (fast ausschließlich männlichen) Vertretern der verschiedenen ethnischen Gruppen zusammengestellt. In den ersten Tagen mag den einzelnen Nationalitäten auch erfolgreich vorgegaukelt werden, sie wären an der Macht beteiligt. Doch selbst die bescheidensten Wünsche der afghanischen Massen werden die USA und ihre Verbündeten nicht erfüllen können.

Ein Blick auf den Balkan hilft dabei, mögliche Illusionen in imperialistische Wohlthaten zu zerschlagen. Nach 5 Jahren Friedensabkommen ist die Lage in Bosnien alles andere als normal und stabil. Die Gräben zwischen Moslems, Kroaten und Serben sind unter dem Protektorat der NATO heute tiefer als zu Beginn des Bürgerkriegs Anfang der neunziger Jahre. Dies spiegelt sich in den Ergebnissen bei den Wahlen im Dezember letzten Jahres wider. Die SDS von Radovan Karadzic wurde bei den Serben zur stärksten Kraft und die reaktionäre nationalistische HDZ erreichte bei den Kroaten fast 90 Prozent. Die Arbeitslosigkeit lag Ende 1999 bei 35 bis 40 Prozent. Über 5 Milliarden Dollar sind zwar Richtung Balkan geflossen, aber vor allem in die Taschen der „warlords“, Mafiosos und anderer zwielichtiger Elemente. Ob Bosnien, Kosovo/Kosova oder Pa-



In mehreren Städten, in denen die Nordallianz die Macht übernahm, zeichneten sich die neuen „Freunde“ der USA für Misshandlungen gefangener Taliban-Kämpfer verantwortlich. In vielen Fällen (wie auf dem Foto) schlichtete die Nordallianz ihre Gegner einfach ab. In Dschalalabad wurden wenige Tage vor der Afghanistan-Konferenz Lebensmittellager der Welthungerhilfe von der Nordallianz geplündert

lästina nach dem Oslo-Abkommen, die versprochenen Aufbauhilfen sind – wie zu erwarten war – leere Versprechen geblieben.

Wenn 20.000 UN-Soldaten bis heute nicht mal im kleinen Bosnien die Rückkehr der Mehrzahl der Flüchtlinge in ihre Heimat durchsetzen konnten, wie soll das dann in Afghanistan mit einer viermal so großen Bevölkerung gelingen?

Sozialistischer Ausweg

Wer nur die Geschichte Afghanistans der letzten 15-20 Jahre kennt, mag denken, dass es kaum andere Kräfte als die der reaktionären religiösen Mudschahidin und Taliban gibt. Bis zum Einmarsch der Sowjettruppen 1979 existierten jedoch starke linke Kräfte wie die Kommunistische Partei, die sich Volksdemokratische Partei nannte. Sicherlich sind in den letzten

Jahren große Teile der relativ schwachen städtischen Arbeiterklasse und der Intellektuellen, die in der Vergangenheit den Hauptbestandteil der Linken ausmachten, zerrieben worden. Durch die Herrschaft von Mudschahidin und Taliban hat die Religion zweifelsohne eine Zeit lang mächtigen Einfluss auf die Menschen in Afghanistan gehabt. Aber Religion ist, wie Karl Marx analysierte, Opium fürs Volk. Das Unwesen der religiösen Fanatiker seitens der Taliban hat sicherlich viele zum Nachdenken gebracht, was die Rolle der Religion angeht. Im Kampf gegen die imperialistische Besetzung und bei der Frage nach der Gestaltung der Zukunft werden auch sozialistische Ideen eine Wiedergeburt in Afghanistan erleben. ■

Ihr da oben ...



Im Zusammenhang mit den Attentaten vom 11. September einige interessante Hintergründe:

Saudi-Connection I

15 der 19 Selbstmordattentäter hatten einen saudi-arabischen Pass. Die saudische Regierung ist Verbündeter der USA. Ein Fünftel der US-amerikanischen Rohöleinfuhren stammen aus Saudi-Arabien.

Saudi-Connection II

Über das Verhältnis der Familie des US-Präsidenten Bush zur Familie bin Laden schreibt Die Zeit: „Zwischen der Familie Bush und der Familie Osama bin Laden bestehen alte Geschäftsbeziehungen. Beide Häuser trafen sich beim kometenhaft aufgestiegenen Rüstungslieferanten Carlyle Corporation. Vater Bush und der heutige Präsident erhielten von der Gesellschaft Bezüge als Berater beziehungsweise Filialdirektor. Die Saudi Binlادن Group war zuletzt mit zwei Millionen Dollar an der Firma beteiligt. Das riesige Konstruktionsunternehmen und Handelshaus der bin Ladens war vom Vater des amerikanischen Staatsfeindes Nr. 1 gegründet worden. ... In den neunziger Jahren besuchten Expräsident Bush und Exaußenminister Baker die bin Ladens während einer Saudi-Arabien-Visite. Da hatte Osama das Geschäft, auf das er sich verlassen und trug seinen Millionenanteil in den Glaubenskrieg. ... Unmittelbar nach dem 11. September zog sich die Saudi Binlادن Group aus der Carlyle Corporation zurück, um die Peinlichkeit nicht auf die Spitze zu treiben.“

Saudi-Connection III

Weiter schreibt Die Zeit: „Auch andere angesehene Mitglieder früherer US-Regierungen waren oder sind direkte oder indirekte Partner der Saudi Binlادن Group. Ex-Außenminister James Baker gehörte zu den Beratern der Carlyle Corporation. ... Viele der privaten Bankgeschäfte der Laden-Familie liefen über die Citigroup, an deren Spitze der angesehene frühere Finanzminister Robert Rubin steht. ... Doch nach dem 11. September sieht das Familienpuzzle, das die Journalistin Jane Mayer für den New Yorker akribisch zusammengestellt hat, nicht gut aus für George W. Bush. Schwer wiegen die Vorwürfe, die jetzt aus verschiedenen Geheimdienstquellen durchsickern. Der Präsident soll vor dem 11. September die Überwachung saudischer Staatsbürger gebremst oder behindert und Warnungen vor der Instabilität des Königreiches in den Wind geschlagen haben.“

Die indische Schriftstellerin Arundhati Roy hatte nach dem 11. September geschrieben, Osama bin Laden sei der dunkle Doppelgänger von Präsident Bush. Wie dicht sie damit an der Wirklichkeit lag, hat sie wohl selber nicht geahnt.



... wir hier unten

Krieg polarisiert Gewerkschaften Druck auf DGB-Führung erhöhen!

Am 12. November verabschiedete der DGB-Vorstand eine Erklärung, in der er sich voll hinter den Krieg des US-Imperialismus und der NATO sowie hinter die Politik der Bundesregierung stellt. Da diese Erklärung zu einem Zeitpunkt kam, immer mehr Gewerkschaftsgliederungen kritische Stellungnahmen zum Krieg abgeben, kann die DGB-Erklärung nur als Versuch betrachtet werden, die Reihen hinter Schröder und Bush zu schließen. In der mehr als zweiseitigen Erklärung findet man kein Wort der Kritik daran, dass KollegInnen entlassen wurden, weil sie nicht an den von oben verordneten Trauerminuten

teilgenommen hatten oder sich kritisch zum Krieg geäußert hatten. Es wird noch nicht mal kritisiert, dass die Masse der Bevölkerung die innere Aufrüstung mit der Erhöhung von Tabak- und Versicherungssteuer finanzieren soll. Es wird auch nicht gefragt, wo denn das Geld herkommt für die Aufstockung des Rüstungsetats, nachdem den Gewerkschaften seit Jahren erzählt wird, die Kassen seien leer.

Als das Kölner Antikriegsbündnis beim örtlichen DGB nach einem Redneranfrage für eine Antikriegsdemo, wurde dies abgelehnt mit der Begründung, dass es eine Übereinkunft mit der SPD-geführten Regie-

rung gäbe, nicht zu Antikriegsdemos aufzurufen. In den Gewerkschaften muss deshalb der Druck massiv erhöht werden, den Kriegskurs zu verlassen. Die Gewerkschaften müssen sich in die Bewegung gegen Krieg, neoliberale Globalisierung und Abbau demokratischer Rechte einreihen und durch Einsatz des Kampfmittels Streik die Schlagkraft der Bewegung vervielfachen. Es ist die Kampfkraft der arbeitenden Bevölkerung, die die Pläne der Herrschenden letztlich stoppen kann. Denn noch immer gilt: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will.“ ■

Bernhard Nolz, GEW-Mitglied und Lehrer in Siegen in einer Rede, aufgrund derer er vom Dienst suspendiert wurde:



„Es darf kein Klima des Hasses und des Misstrauens entstehen. Solche Zeiten hatten wir oft in Deutschland. Ich habe so die siebziger Jahre erlebt. Da waren es die RAF-Terroristen, die mit ihren Gewalttaten die Herrschaftsverhältnisse in Deutschland ändern wollten. Wie heute schlug der Staat zurück – und traf auch viele Unschuldige. Ich gehörte zum Kreis der Verdächtigten, weil ich mit meinen SchülerInnen und Schülern genau das gemacht hatte, was wir hier gerade machen: wir hatten auf dem Marktplatz demonstriert. Ich wurde angezielt und als Verfassungsfeind bezeichnet. Erst Wochen später fanden Kriminalpolizei und Verfassungsschutz – eine Art Geheimdienst – heraus, was in unserer Stadt jeder schon wusste: wir hatten für den Bau eines

Schwimmbades demonstriert, damit die Schüler in der Schule schwimmen lernen können. Die Zeit der Verdächtigungen und Beschuldigungen, ein Terrorist zu sein, war furchtbar für mich. Ich möchte so etwas nicht wieder erleben. Deshalb wehre ich mich dagegen, dass zur Jagd auf Terroristen geblasen wird.“ ■

Solibriefe an:

ZFK, Alte Poststraße 12-16, 57072 Siegen
e-mail: info@zfk-siegen.de
B-von-Suttner-Gesamtschule, Kolpingstraße 35, 57074 Siegen (bvsg@gmx.de)

Protestbriefe:

An den Regierungspräsidenten Bezirksregierung Arnsberg Postfach 59817 Arnsberg

Entschließung Fachgruppe Krankenhäuser des ver.di-Bezirks Stuttgart-Ludwigsburg:

„Die Anschläge in den USA haben deutlich gemacht, dass es eine Sicherheit, die auf militärischer Stärke beruht, nicht geben kann. Sicherheit kann nur entstehen auf der Grundlage einer gerechten Weltordnung und einer höheren Verteilungsgerechtigkeit zwischen der Ersten und der Dritten

Welt, auf der Grundlage der Bekämpfung von Armut, Hunger, Elend und Diskriminierung der Menschen in den Ländern der Dritten Welt. Dies ist auch der beste Schutz davor, dass fundamentalistische und rückwärtsgewandte Strömungen in diesen Ländern die Oberhand gewinnen.“ ■

Resolution der AG

Tarifpolitik der „Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken“:

„Wir wissen es alle: Das nächste Opfer nach der Wahrheit sind unter Kriegsbedingungen unsere demokratischen Rechte und die Interessen der Lohnabhängigen. Umverteilung von unten nach oben wurde beschleunigt werden. Im Trommelfeuer der Propaganda wird versucht, das Bewusstsein gegensätzlicher Interessen zu verschütten und so die Kräfteverhältnisse drastisch zu Lasten der Arbeitnehmer zu verschlechtern. Wir halten es deshalb für unabdingbar, dass die Gewerkschaften sich laut und deutlich gegen jede militärische Auseinandersetzung und gegen jede Beteiligung der Bundeswehr aussprechen und ihre Mitglieder im Bündnis mit der Friedensbewegung dagegen mobilisieren!“ ■

Ursel Beck vom „Kölner Forum GewerkschafterInnen mit BISS“ in einer Rede auf einer Antikriegsdemo am 14.11. in Köln:

„Seit dem 11.9. wird der Begriff Solidarität von den Herrschenden für ihre Zwecke missbraucht. Der Begriff Solidarität wurde von der Arbeiterbewegung geprägt und mit Inhalt gefüllt. Die Klasseninteressen der kapitalistischen Ausbeuter, die Ideologie von Konkurrenz, Profitmaximierung, Nationalismus, Rassismus und Krieg stehen im Gegensatz zu den Klasseninter-

essen der abhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen und ihrer Familien. Deshalb darf es für Gewerkschaften keine Solidarität mit Unternehmern und ihren Regierungen geben. Gewerkschaften haben gerade in der jetzigen historischen Situation die verdammte Pflicht, den Begriff Solidarität wieder für sich zurückzuerobern und ihn mit seinem ursprünglichen Inhalt zu füllen.“ ■

Peter Hoffmann von „Gegenwehr – kritische GewerkschafterInnen“ aus Berlin in einer Rede auf der Antikriegsdemo am 13.10. in Berlin:

„Stellen wir uns vor, neben den Schülern hätte es auch Demonstrationen der Gewerkschaften gegeben, die durch die Stadt demonstrierten mit Parolen gegen den Krieg und für die soziale Gerechtigkeit in der Welt. Aber zu solch einem Akt von wirklicher Zivilcourage und

sozialem Mut wären die Papierträger in den Gewerkschaftszentralen weder fähig noch willens und wir sind leider noch zu schwach und zu uneins, um eine solche Initiative in den Betrieben und überall da, wo Sozialabbau und Unterdrückung alltäglich sind, zu starten.“ ■

Tarifrunde 2002 Gewerkschaften in die Offensive

Für die Unternehmer ist der Fall klar. Die Lohnabhängigen sollen in der Rezession noch größere Lohnopfer bringen als im zurückliegenden Konjunkturaufschwung. Dadurch wollen sie ihre angeschlagenen Profite sanieren. In der Öffentlichkeit behaupten sie, sie wollten dadurch Arbeitsplätze sichern. Aber so wie im Aufschwung Lohnverzicht keine Arbeitsplätze geschaffen hat, rettet Lohnverzicht in der Rezession keine.

Von **Ursel Beck, Köln**

Entlassungen und Betriebsschließungen dürfen für die Gewerkschaften deshalb kein Argument für niedrige Forderungen und für den Verzicht auf Kampfmaßnahmen sein. Vielmehr muss der Kampf um höhere Löhne mit der Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung verbunden werden.

Erst wenn Profitmaximierung und private Aneignung des Profits als Sinn und Zweck der Produktion beseitigt sind, ist es möglich die Produktivkraft und den gesellschaftlich produzierten Reichtum

im Interesse der Masse der Bevölkerung zu nutzen. Darum ist es nötig, auch die Frage von der Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum in die Diskussion zu bringen. Wenn Gewerkschaften aus der tiefen Krise des Kapitalismus nicht die Schlussfolgerung ziehen, in die Offensive zu gehen, werden Unternehmer und Regierung die Kosten der Krise auf die arbeitende Bevölkerung und ihre Familien abwälzen.

Die Kampfbereitschaft ist nach wie vor vorhanden. Es droht aber die erneute Gefahr, dass sie wie in den Tarifrunden der neunziger Jahre nicht genutzt wird. Die Gewerkschaftsführung ist schon wieder dabei, die Argumente der Unternehmer nachzuplappern und sie der Basis einzutrichern. IGM-Vorsitzender Zwickel und der Stuttgarter Bezirksleiter Berthold Huber propagieren in Vorbereitung der Metall-Tarifrunde einen zweistufigen Tarifvertrag. Für die Fläche soll es nur noch eine Mindesthöhung geben. Eine zweite Komponente soll abhängig von der Ertragslage der Unternehmen betrieblich ausgehandelt

werden. Solche Tarifabschlüsse fordern die Unternehmer seit Jahren. Damit können sie die Beschäftigten spalten und ihre Kampfkraft schwächen.

Nachdem die IGM-Spitze in den zurückliegenden Jahren niedrige Abschlüsse mit langen Laufzeiten durchgesetzt hat, will sie jetzt plötzlich in der Tarifrunde 2002 nur noch eine Laufzeit von einem halben Jahr. Was steckt hinter diesem Gesinnungswandel? Zwickel spricht von „nachwirkenden Erwartungen“ zweier Jahre mit explodierenden Gewinnen. Zwickel ist aber offensichtlich der Meinung, dass die Gewerkschaften jetzt Rücksicht nehmen müssen auf die schwache Konjunktur. Wenn nach seiner Vorhersage in der zweiten Hälfte 2002 das Konjunkturtief überwinden sei, könnte erneut verhandelt werden. Wenn die Rezession sich dann aber verschärft – und das ist das wahrscheinlichste – wird die IGM-Spitze in der Logik ihres Handelns weiterem Lohnverzicht zustimmen. Dazu darf es nicht kommen.

Es darf auch nicht sein, dass Schröder und die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften in Geheimgesprächen oder im „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ über die Lohnrunde bestimmen. Aus den Betrieben und Gewerkschaftsgliederungen muss dagegen Widerstand organisiert werden. Eine demokratische Diskussion und Entscheidung über Höhe, Kampfmaßnahmen und Abschluss ist nötig. Der Gewerkschaftslink kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Mit dem Beschluss der AG Tarifpolitik zur Tarifrunde hat sie bereits einen positiven Beitrag geleistet. Jetzt geht es darum, sich in jeder Phase der Tarifrunde aktiv einzuschalten. ■



In den nächsten Monaten drohen den ArbeiterInnen nicht nur Lohnkürzungen, die die Unternehmer in der Tarifrunde durchboxen wollen, sondern auch Entlassungen (in diesem Herbst setzten sich die Beschäftigten vom Compaq Deutschland dagegen zur Wehr, siehe Foto). Darum muss der Kampf für Lohnerhöhungen mit dem Kampf für drastische Arbeitszeitverkürzung verbunden werden

Unsere Programm

- 250 Euro für alle
- Volle tarifliche Gleichstellung der Ost-KollegInnen
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Herabsetzung des Rentenalters auf 58 Jahre ohne Rentenabschlag oder Lohnverzicht
- Keine Kompensationsgeschäfte bei Arbeitszeitregelungen, Zuschlägen oder sonstigen tariflichen Errungenschaften
- Nein zur Durchlöcherung von Flächentarifverträgen. Nein zu schlechteren Branchen- oder Haustarifverträgen. Keine Öffnungsklauseln
- 1-jährige Laufzeit von Tarifverträgen
- Gewerkschaften raus aus dem „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“
- Rücknahme der Verschlechterung des Paragraphen 116 AFG
- Voller Einsatz der Kampfkraft bis hin zum bundesweiten Vollstreik
- Gemeinsamer Kampf aller Gewerkschaften. Vorziehen der Tarifrunden des öffentlichen Dienstes und aller anderen Tarifrunden mit längeren Laufzeiten
- Demokratische innergewerkschaftliche Diskussion und Entscheidung über alle Fragen der Tarifaufeinandersetzung
- Kein Tarifabschluss ohne mehrheitliche Zustimmung in einer Urabstimmung
- Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre und jederzeitige Rechenschaftspflicht gegenüber der Basis
- Schluss mit Privilegien und hohen Gehältern für Funktionäre. Kein Gewerkschaftsvertreter darf mehr verdienen als den durchschnittlichen Lohn der Gewerkschaftsmitglieder

Protest gegen die nächste Runde vom „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“

Am Sonntag, den 16.12. will das „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ das nächste Mal in Berlin tagen. Die Initiative „Raus aus dem Bündnis für Arbeit“, bestehend aus gewerkschaftlichen AktivistInnen und anderen, plant Protestaktionen.

Infos unter:

www.gegen-buendnis-fuer-arbeit.de oder im SAV-Büro: 030/24723802

Gewerkschaftliche Opposition

Erfolgreiches bundesweites Treffen vom

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Netzwerk aufbauen

Alle Themen, die zur Diskussion standen, machten deutlich, wie wichtig das Netzwerk ist. Die Gewerkschaft ver.di organisiert von sich aus leider keinen Widerstand. Die hohen Austrittszahlen unterstreichen das: Die Mitglieder wollen eine Politik, die ihre Interessen unterstützt, nicht verkauft.

Wie hoch der Druck ist, wenn KollegInnen Arbeitnehmerpositionen nach vorne bringen, zeigt das angeordnete Ausschlussverfahren von ver.di gegen den Betriebsratsvorsitzenden der Essener RGE Servicegesellschaft, Alois Skrbina, der sich in seinem Betrieb aktiv gegen Lohnabsenkung und schlechtere Arbeitsverhältnisse einsetzt (siehe nebenstehenden Artikel).

Auf dem Netzwerktreffen waren sich die Anwesenden einig, dass das angeordnete Ausschlussverfahren aus ver.di gegen Alois Skrbina und die Suspendierung des stellvertretenden Betriebsratsmitgliedes der Essener Verkehrs-AG, Detlef Kallinich, ein Angriff auf alle Netzwerk-UnterstützerInnen und alle kritischen KollegInnen ist. Das Netzwerk wird deshalb eine großangelegte Solikampagne starten.

Auch im Falle Manfred Engelhardt, der sich gegen die Privatisierung der Studentenwerke einsetzt und das dritte Kündigungsverfahren gewonnen hat, ist es von großer Wichtigkeit, Unterstützung zu organisieren.

Das 12. bundesweite Treffen vom Netzwerk wird am 25. Mai 2002 voraussichtlich in Köln stattfinden. ■

Wer weitere Informationen möchte, wende sich bitte an folgende Adresse:

e-Mail: netzwerk_kdoetv@gmx.de,

an Angela Münch: 0221 / 69097 23 oder Alois Skrbina 0201 / 27 99 210

heißt auch, gegen die Ursachen vorzugehen. Daher wurde auch die Mitarbeit bei attac als gute Verbindung gesehen, und die Teilnahme an der internationalen Demonstration in Brüssel während dem EU-Gipfel am Mitte Dezember von allen unterstützt.

Gesundheitsreform

Bereits in den letzten Jahren waren Krankenhäuser und das Gesundheitswesen harten Angriffen ausgesetzt. Die Betroffenen waren die Beschäftigten im Gesundheitswesen und die PatientInnen. Die Einführung von Fallpauschalen und eine Gesundheitsreform im Stil der Rentenreform wird aber alle bisherigen Angriffe in den Schatten stellen. Die geplanten Vorhaben der rot-grünen Regierung bedeuten die Zerschlagung des bisherigen Systems der Gesundheitsversorgung. Profitmacherei wird direkt am Menschen geübt: Wer gesund sein will „muss tief in seine Taschen greifen. Ein im Volksmund so genanntes „Raucherbein“ konservativ zu behandeln, ist zum Beispiel um viele tausend Mark billiger, als das Bein zu amputieren. Krankengymnastik oder Rehabilitationsprogramme stehen oft schon heute nicht mehr jedem zur Verfügung, dadurch wird die Gesundheit vieler Patienten stark in Gefahr sein. Privatisierungen von Krankenhäusern werden Tür und Tor geöffnet, Bettenschließungen bis hin zu gesamten Häuserschließungen, Personalabbau, Lohnabsenkung und schlechte Versorgung werden die Folge sein.

Dieser Angriff wird in den nächsten Monaten das wichtigste Thema aller aktiven Gewerkschafter sein – egal von welcher Gewerkschaft, da es alle betrifft. Damit das gleiche Desaster wie bei der Rentenreform sich nicht noch einmal wiederholt, muss Druck auf die Gewerkschaften gemacht werden, auch Gruppen wie attac sollten sich daran beteiligen.

Krieg in Afghanistan, Abbau demokratischer Rechte, wachsende Arbeitslosigkeit und Rezession, kommende Gesundheitsreform, Spartenarbeitsverträge im ÖPNV und Privatisierung im Öffentlichen Dienst, das neue Betriebsverfassungsgesetz und Berichte aus verschiedenen Betrieben – alles Themen, die zeigen, wie wichtig gerade heute der Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition ist.

Von **Angela Münch, Köln, Mitglied im Sprecherrat des Netzwerkes**

Beim 11. Treffen vom Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di, am dem 24. November in Köln in etwa dreißig KollegInnen aus mehr als zehn Orten teilnehmen (darunter auch ein Kollege aus Belgien), wurde festgehalten, dass es Aufgabe der Gewerkschaften wäre, aktiv gegen den Krieg und dessen Auswirkungen zu mobilisieren. Die linientreue Haltung der Gewerkschaften gegenüber der SPD machten es in die meisten Bezirken schwierig, Proteste zu organisieren.

Ablehnung des Krieges

Der Kollege Bernhart Nolz, Lehrer in Siegen, rief in einer Rede bei einer Antikriegsdemonstration zur Desertion auf. Daraufhin wurde er vom Dienst suspendiert (siehe Seite 3). Es sind noch andere Fälle bekannt, in denen Kündigungen ausgesprochen wurden. Das Netzwerk unterstützt die KollegInnen und fordert von den Gewerkschaften, den Betroffenen Hilfe zur Wiedereinstellung zu leisten.

Als wichtig wurde die Verbindung von den Antikriegsprotesten zur Antiglobalisierungsbewegung gesehen: die Ursachen des Krieges sind soziale Ungleichheit und Ausbeutung auf der ganzen Welt, gegen den Krieg zu mobilisieren

Ausschlussverfahren aus ver.di und Suspendierung vom Dienst

Unterstützt die Essener KollegInnen

Am 21. November wurde dem Betriebsratsvorsitzenden der RGE Servicegesellschaft in Essen, Alois Skrbina, von einem örtlichen ver.di-Sekretär mitgeteilt, dass gegen ihn beim Bezirksvorstand ein Ausschlussverfahren eingeleitet wird. Alois ist zugleich im Sprecherrat des „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“. Der Hintergrund ist eine Auseinandersetzung um die Einführung des Spartenarbeitsvertrags bei den Essener Verkehrsbetrieben. Dieser Spartenarbeitsvertrag bedeutet für die Beschäftigten im ÖPNV eine Absenkung des Grundlohns um 500 Mark, den Wegfall des Kinderzuschlags und freier Tage und viele andere Verschlechterungen. Infolge der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung um diesen Spartenarbeitsvertrag sind bei den Essener Verkehrsbetrieben seit August 200 Mitglieder aus ver.di ausgetreten.

Aufgrund einer Unterschriftensammlung von KollegInnen sah sich ver.di gezwungen, am 7. November eine Mitgliederversammlung durchzuführen, an der Mitglieder der Essener Verkehrs-AG und der RGE Servicegesellschaft per Flugblatt eingeladen wurden. Allerdings war aufgrund des Flugblatts klar, dass es bei dieser Mitgliederversammlung nicht um eine demokratische Diskussion über Einführung oder Ablehnung des Spartenarbeitsvertrags geht. Die ver.di-Führung hatte bereits entschieden, dass sie diesen Lohnraub mitmacht. Die Mitgliederversammlung sollte folglich nur dazu dienen, die letzten Kritiker mundtot zu machen.

Das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ verteilte deshalb im Vorfeld der Mitgliederversammlung ein Flugblatt, in dem es erklärte, warum der Spartenarbeitsvertrag abgelehnt werden muss. Die Resonanz bei der Verteilaktion war überbeachtend. Bei der ver.di-Mitgliederversammlung an der lediglich 50 der 2.000 Mitglieder teilnahmen, wurden die bekannten Kritiker und Netzwerkunterstützer, darunter auch Alois Skrbina, aus

dem Saal verwiesen. Die offizielle Begründung war, dass die Mitglieder aus der RGE, einem Tochterunternehmen der Essener Verkehrsbetriebe, nicht zu dieser Versammlung eingeladen seien. Alois Skrbina wurde vom örtlichen Gewerkschaftssekretär Dirk Walter unter Androhung des Gewerkschaftsausschlusses aufgefordert, sich vom ver.di-Netzwerk zu distanzieren. Am 21. November erfolgte dann die Ankündigung eines Ausschlussverfahrens. Gleichzeitig wurde Alois Skrbina angekündigt, dass er keinerlei Unterstützung mehr von ver.di erhalte und es bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen zu einem Schmierenthafter kommen werde. Einen Tag später formulierte der Busfahrer Detlef Kallinich, ebenfalls Netzwerk-Unterstützer und stellvertretendes Betriebsratsmitglied bei der Essener Verkehrs-AG einen persönlichen Protestbrief an den ver.di-Bundesvorstand gegen das angekündigte Ausschlussverfahren, den er auch an einige KollegInnen im Betrieb weitergab. Die Geschäftsführung der Essener Verkehrs-AG suspendierte Detlef Kallinich daraufhin am 23. November ohne Angaben von Gründen vom Dienst. Wir rufen alle LeserInnen auf, gegen diese Repression von Seiten des Arbeitgebers und von Seiten des ver.di-Apparates zu protestieren.

Protestbriefe an:
Essener Verkehrs-AG
Zweigstr. 34
45130 Essen

ver.di Bezirk Essen
Schützenbahn 11-13
45127 Essen
Fax: 0201/2476230

Solidaritäts-Schreiben an:
AloisSkrbina@aol.com

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns die Meldung, dass die Suspendierung von Detlef Kallinich am Mittwoch, dem 28. November aufgehoben wurde. Das ist ein erster Erfolg.



Proteste gegen EU-Gipfel Gegen Krieg & Ausbeutung - auf nach Brüssel!

Auf zum Widerstand - gegen Krieg, egal in welchem Land!

Am 14. Dezember treffen sich in Brüssel die Staats- und Regierungschefs der EU, um über den Krieg in Afghanistan, Aufrüstung und Militarisierung zu sprechen. Doch nicht nur darum geht's, sondern auch um Bildungsabbau und weitere Privatisierung.

Geplant ist ein weiterer Vorstoß in Sachen Privatisierung von Schulen und Unis (siehe Bologna-Erklärung). Verstärkt sollen Konzerne über „Drittstaaten“, so genannte „Kooperationen“ oder Sponsoring bestimmen können, was an Schulen und Unis gelehrt wird.

Doch nicht nur unsere Bildung steht auf dem Kürzungsplan, sondern auch unsere Gesundheit. Auf dem EU-Gipfel soll über die Privatisierung und Liberalisierung des Gesundheitswesens gesprochen werden. Der deutschen Regierung steht dabei eine Deform wie bei der Renten„reform“ im Sinn. Das bedeutet für uns: schlechterer Service, mehr Eigenlei-

stungen und Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Es gibt also tausend gute Gründe, um in Brüssel gegen den EU-Gipfel zu protestieren.

Bereits am 13. Dezember wird es eine Demo des Europäischen Gewerkschaftsbundes geben. Und am darauf folgenden Tag gibt es dann eine Demo gegen den globalen Kapitalismus.

Ein Highlight wird die internationale Jugendkonferenz am 15. Dezember sein. Die Jugendorganisationen Elekvampjanen aus Schweden und International Verzet aus Belgien haben dazu aufgerufen. Erwartet werden Gäste aus Irland, Griechenland, England/Wales, Frankreich, Russland, Südafrika, Australien und anderen Ländern. Von Deutschland aus werden Schülerinnen und Schüler gegen den Krieg - Berlin und widerstand international! teilnehmen.

Doreen Ullrich, Berlin

Internationale Jugendkonferenz
Brüssel - 15. 12. 01
10 - 12.30 Uhr
Aufaktveranstaltung
13.30 - 15 Uhr
Workshops zu Umwelt, Jugendrechten, antikapitalistischer Kampagnenarbeit und Bildung
15.30 - 17 Uhr
Gründung der internationalen Jugendorganisation mit Diskussion über Programm, Name und Struktur

Mach mit bei **widerstand international!**

widerstand international! - gegen die Macht der Banken und Konzerne! ist eine unabhängige Jugendorganisation. Bereits in mehr als zehn Städten existieren Gruppen. Im September diesen Jahres fand die Gründung von w! als bundesweite Organisation statt. Nach Göteborg mobilisierte w! gegen den G7/8-Gipfel nach Genua.

Wir setzen uns aktiv gegen den Afghanistan-Krieg ein. In verschiedenen Städten haben wir den Anstoß zu Schülerprotesten gegeben. In Berlin konnte wir gemeinsam mit anderen das Bündnis Schülerinnen und Schüler gegen den Krieg ins Leben rufen, welches einen Schülerstreik gegen den Krieg mit 5.000 Leuten organisierte. Im Dezember werden wir gegen den EU-Gipfel nach

Brüssel fahren. Denn wir wollen dem globalen Kapitalismus globalen Widerstand entgegenstellen. w! will aber noch mehr. w! will eine Diskussion darüber beginnen, wie die internationale antikapitalistische Bewegung weiter aufgebaut wird und wie sie zusammen mit der Antikriegsbewegung international gegen Aufrüstung, Militarisierung und Krieg vorgehen kann.

w! denkt: Die antikapitalistische Bewegung und die Antikriegsbewegung müssen zusammen kommen und gemeinsam Kriegspolitik, Armut, Hunger, Umweltzerstörung und Sexismus bekämpfen. w! will eine Diskussion über eine Alternative zum kapitalistischen Wahnsinn anstoßen. ■

Bernau goes widerstand international

Unsere Gruppe in Bernau, einer wunderschönen Kleinstadt nördlich von Berlin, besteht aus sieben Schülern. Vor wenigen Monaten haben wir uns als AKTION ROT gegründet. Schließlich gibt es genug Sachen, die nicht stimmen: Nazis, Umweltverschmutzung, Arbeitslosigkeit und große soziale Unterschiede. Wir denken aber auch, dass all die Probleme heute, seien das nun Kriege, Aufrüstung und Militarisierung oder Bildungsabbau, Abbau von Sozialstandards usw., ihre Ursachen im kapitalistischen Profitsystem haben. Deshalb steht unsere Gruppe für den Aufbau einer antikapitalistischen Bewegung und hat sich vor wenigen Wochen w! angeschlossen.

Doch wir reden nicht nur - sondern starten auch Aktionen. So haben wir in Bernau eine Friedens-

kundgebung mit 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht. Diese wurde von der Friedensinitiative Bernau, von der wir auch ein Teil sind, organisiert. Auf der Kundgebung bauten wir einen Infostand auf, was in Bernau bisher nicht so häufig zu sehen war. Der Stand wurde förmlich von den Leuten überrannt. Ein paar von uns sind auch zum Schülerstreik am Tag X (dem Beginn des US-Krieges gegen Afghanistan) nach Berlin gefahren. Momentan sind wir dabei, eine große Plakatierungsaktion in Bernau zu planen, eine linke Bernauer Zeitung zu übernehmen und die Fahrt nach Brüssel, gegen den EU-Gipfel, zu organisieren. Es steht also viel an.

Martin und Paul, Bernau

Jugend auf die Barrikaden! Freiheit stirbt mit Sicherheit

Bremen, 9. November, 15 Uhr Ortszeit: Etwa 15 Jugendliche versammeln sich mit Taschen voll adretter Kleidung, Hüten, dunklen Sonnenbrillen und verwandeln sich innerhalb einer Stunde zu Bremens geheimnisvollster Eingreiftruppe mit dem direkten Segen von Innenminister Otto, dem Ersten. Ziel ist die Abschaffung der demokratischen Rechte im Raum der Bremer Innenstadt.

16 Uhr Ortszeit: Der Eingreiftrupp, begleitet von einem furchteinflößenden „Prügelpolizisten“ mit Spielzeughelm, angebautem Blaulicht und blutgetränktem Papierknüttel, bewegt sich in Richtung Innenstadt.

18 Uhr Ortszeit: Die „mobile Wache“ wird aufgebaut. Verschiedene „AgentInnen“ der Truppe verfolgen Passanten mit Videokameras und sammeln verschiedene „nützliche“ Daten für die Rasterfahndung. Andere überwachen durch unauffällige Löcher in Zei-

tungen eventuelle Verdächtige. Der Sprecher der Truppe fordert die Passanten mit dem Megaphon immer wieder auf, ihre Rechte an der Wache abzugeben - „zu ihrer eigenen Sicherheit“.

Viele der Passanten guckten minutenlang zu und kamen an die Wache, um Fingerabdrücke abzugeben, 3-D-Fotos zu machen, sich vermessen zu lassen und unangenehme Fragen zu beantworten. Schließlich wurden ihnen dann noch geöffnete Privatbriefe überreicht, die wir natürlich nur zu ihrer Sicherheit gelesen hatten.

Durch unsere sehr deutliche Darstellung eines „sicheren Staates“ und Schilys Sicherheitspaket konnten wir mit vielen Menschen in Diskussionen kommen.

Jetzt werden wir uns daran machen, nach Brüssel gegen den EU-Gipfel zu mobilisieren: **Auf nach Brüssel, fight capitalism - forward to socialism!**

Moritz Möller und Simon Aulepp, Bremen

Die Bologna-Erklärung Wettbewerb, Elitebildung und Verkürzung der Studienzeit



Nicht nur mit Trillerpfeifen und Transparenten hatten die Studierenden der Freien Universität Berlin protestiert, als Hans-Olaf Henkel, jüngst ausgeschiedener Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie mal wieder über die angeblichen Vorteile der Ellenbogengesellschaft predigen wollte

Der Erklärung von Bologna im Juni 1999 ging die Erklärung von Sorbonne im Mai 1998 voraus, in der sich die Bildungsminister von Frankreich, Britannien, Italien und Deutschland für einen gemeinsamen Rahmen einsetzten, der „die Anerkennung akademischer Abschlüsse im Ausland, die Mobilität der Studenten und auch ihre Vermittelbarkeit am Arbeitsmarkt“ fördern sollte. Dieser Erklärung schlossen sich dann in Bologna bis auf drei Länder (Griechenland, Schweiz, Spanien) alle europäischen Länder an.

Von Frank Nitzsche, Siegen

Die Bologna-Erklärung bedeutet nichts anderes als eine Demontage des Bildungssystems unter Ausschluss der Hochschulöffentlichkeit. Hintergrund ist der Wunsch nach Kostensenkung bei gleichzeitiger Verschärfung der Konkurrenz innerhalb des europäischen Hochschulraumes und Stärkung der europäischen Privatindustrie im internationalen Wettbewerb.

Sigurd Höllinger, Leiter der Sektion Hochschulen und Fachhochschulen in Österreich: „Österreichische Universitäten und Fachhochschulen stehen bereits heute in Konkurrenz zu anderen europäischen Anbietern, dies wird sich in Zukunft noch verstärken. Eine nur binnen-österreichische Sicht ist überholt; es geht um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Universitäten in Europa. (...) Es geht aber auch um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen gegenüber dem amerikanischen und dem asiatischen Raum. Es ist deutlich geworden, dass Europa sowohl als Studienraum als auch als Forschungsraum nicht die Attraktivität besitzt, die wünschenswert wäre.“

Bachelor- und Masters-Abschlüsse und das Kredittransfersystem

Die Anerkennung akademischer Abschlüsse soll durch ein europaweites System von Bachelor- und Masters-Abschlüssen erreicht und die Studienleistungen durch ein Kredittransfersystem (ECTS) vergleichbar gemacht werden. Im Bachelor-Studiengang, der bis jetzt mindestens eine 3jährige Studienzeit erfordert, soll ein Schwerpunkt auf die berufliche Ausbildung (gemeint ist die Berufsbefähigung, was aber so nie gesagt wird) gelegt werden, damit der Arbeitsmarkt diesen Abschluss auch anerkennt. Der darauf folgende Master-Studiengang (2 Jahre) soll verkürzt werden, Promotionsstudiengänge sollen verlängert werden.

Dies hat mehrere Nachteile. Ein Teil der Studierenden soll sich schneller und damit billiger für das Bildungssystem als Arbeitskräfte qualifizieren. Nach Aussagen im NRW-Bildungsministerium sollen in Zukunft 80 Prozent der Studierenden diesen Weg einschlagen. Die verbleibenden 20 Prozent können den Master-Abschluss machen, der mit einer höheren Qualifizierung auch ein höheres Einkommen verspricht. Um diese Verteilung zu erreichen, werden wohl überall Studiengebühren und/oder ein hoher Numerus Clausus eingeführt. Damit ist einem vom Geldbeutel der Eltern abhängiges Studium Tür und Tor geöffnet.

Bildung als „Humankapital“

Es wird deutlich, dass Bildung immer stärker in einer Kosten-Nutzen-Relation gesehen wird. Bildungsinhalte und -angebote werden nach ihrem ökonomischen Nutzen betrachtet, der Staat verlangt dementsprechend verstärkt so genannte Qualitätskontrollen von den Universitäten. Gleichzeitig wird und wurde der finanzielle Druck auf die Unis verstärkt.

Das Bildungsangebot sinkt also, die zwangsläufigen Folgen sind Verkürzung des Studiums und die Suche nach externer Finanzierung, die oft bereitwillig von Unternehmen geleistet werden. Das geschieht natürlich nicht uneigennützig, wie sich jeder denken kann.

Die Folgen werden gesteigertes Konkurrenzbewusstsein der Studierenden untereinander sein, Leistungsdruck und der Zwang, das Studium schnell zu beenden. Stefan Baron, Chefredakteur der Wirtschaftswoche, formuliert es sehr deutlich: „Die Berufsbildung steht an der Pforte zur Menschwerdung. Der Weg zum idealen Menschen führt über den brauchbaren Menschen.“

Schon heute werden Problemanalysefähigkeiten, Wissensbeschaffungsstrategien und Umsetzungsverfahren immer mehr durch eine einfache Wissensvermittlung zurückgedrängt. Gesellschaftspolitische Kritikfähigkeit wird immer mehr unmöglich gemacht, während die „einträglichen“ Naturwissenschaften gefördert werden. ■



Europaweit steht an den Unis massive Auslese an. Ein Vorgeschmack war die Einführung von Studiengebühren wie in Britannien in den letzten Jahren. Nötig ist es, die Ansätze von Gegenwehr (siehe Foto) zu bündeln und eine starke internationale Bewegung gegen den Bildungsklau aufzubauen

„Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“

Bundeswehr und globaler



Mit ihrem Beschluss, Bundeswehr-Einheiten im „Kampf gegen den Terror“ einzusetzen, hat die Schröder-Regierung Grenzen überwunden. Deutsche Soldaten können weltweit eingesetzt werden, wofür, wird im Einzelfall definiert. Die alte Parole der Friedensbewegung „Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt“ bekommt eine neue Dimension: Jetzt sind auch deutsche Soldaten an den deutschen Waffen.

„Anti-Terror-Kampf“, „humanitärer Einsatz“ – es lassen sich immer positive Begriffe finden. Noch nie hat ein Staat, der seine Truppen in den Krieg geschickt hat, gesagt, „es geht um den Zugang zu Märkten und Rohstoffen“ oder „es geht um die Zeit, in einem anderen Land eine uns hörige Regierung zu installieren.“

Von Claus Ludwig, Köln

Im Wortlaut des Bundestags-Beschlusses ist von einem weltweiten Einsatz natürlich nicht die Rede. Dort heißt es: „Einsatzgebiet ist das Gebiet gemäß Art. 6 des Nordatlantikvertrags, die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete.“ Also alle Regionen, in denen in naher Zukunft Konflikte erwartet werden. Eine weitere Ausdehnung des Operationsgebiets wäre, wenn nötig, eine Kleinigkeit.

In Afghanistan selbst werden die Bundeswehr-Einheiten von den USA weder gebraucht noch gern gesehen. Das war auch schon vor dem Vormarsch der Nordallianz klar. Das lässt nur zwei Schlüsse zu: 1. Die Regierung hat die Stunde genutzt, um die letzte Gürtel zum vollen Kampfeinsatz zu überwinden und für die Zukunft Einsatzmöglichkeiten in petto zu haben. 2. Es gibt konkrete Planungen, die Einheiten bei Militärschlägen gegen den Irak und/oder Somalia einzusetzen. Das wird sich in den nächsten Wochen herausstellen.

Seit 1990 versuchen die etablierten Parteien gegen alle Widerstände die neue Rolle der Bundeswehr durchzusetzen. Sie haben der Bevölkerung immer höhere Dosen des militaristischen Giftes verabreicht, haben darauf gesetzt, dass die Gewöhnung an Minensucher im Persischen Golf oder Sanitäter in Kambodscha den nächsten Schritt, den „humanitären“ Einsatz bewaffneter Einheiten unter UNO-Kommando, leichter machen würde. Das wiederum würde die Durchsetzung von Kampfeinsätzen erleichtern.

Die SPD debattierte auf ihrem Parteitag 1991 noch, ob man unter ganz besonderen Umständen, wenn es gar nicht mehr anders ginge, den Einsatz deutscher UN-Blauhelme unterstützen könne. Im Balkan-Krieg 1999 betätigte sich SPD-Minister Scharping schon als klassischer Kriegsredner, der mit Desinformation und Lügen Bombenangriffe auf die jugoslawische Zivilbevölkerung rechtfertigte.

Folgen verschärfter Ausbeutung

Die „neue Weltordnung“ hat nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion

keine Ordnung, keinen Wohlstand für alle gebracht – das müssen heute auch die überzeugten Anhänger des Kapitalismus zugeben. Im Zuge der so genannten Globalisierung haben sich die Unterschiede zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern wie Westeuropa, USA und Japan und dem Rest der Welt verstärkt. Nahezu der gesamte afrikanische Kontinent ist von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt worden. Die „Schwellenländer“ stehen heute nicht an der Schwelle zum Wohlstand, sondern an der Schwelle zum totalen ökonomischen Kollaps. In Indonesien sind durch die Krise 1997 mehrere Millionen Menschen auf einen Schlag in die Armut getrieben worden. Argentinien, einst das lateinamerikanische Land mit europäischem Lebensstandard, ist wirtschaftlich am Ende. Inflation, Schrumpfen der Wirtschaft und Verarmung der Mehrheit der Bevölkerung prägen das Land. Die Türkei wurde durch die schwere Rezession ab Herbst 2000 auf den Stand eines „3.-Welt-Landes“ zurückgeworfen. Auch innerhalb der westlichen Länder haben sich die Widersprüche zwischen Arm und Reich verschärft.

Diese wirtschaftliche Situation hat auch Folgen für die Militärpolitik des Westens. Es entstehen soziale Bewegungen, die sich gegen korrupte Regimes richten und zum Teil auch bewaffnet kämpfen. Vor allem Lateinamerika hat seit dem Aufstand der Zapatisten in Mexiko 1994 eine ganze Reihe von Bewegungen erlebt. Dies waren sowohl Guerilla-Bewegungen wie die Zapatisten oder die FARC in Kolumbien, die Teile des Landes kontrollierten, als auch städtische Massenbewegungen wie in Ecuador oder Bolivien und zuletzt vor allem in Argentinien.

In einigen Ländern fühlen sich auch die herrschenden Eliten vom Imperialismus an die Wand gedrückt und sind nicht mehr bedingungslos bereit, dessen untertänige Vasallen zu sein. So hat zum Beispiel Präsident Chavez in Venezuela in Worten und Taten Stellung gegen den US-Imperialismus bezogen und eine Politik öffentlicher Investitionen begonnen. Auch die stärkeren Sympathien für Fidel Castro und Kuba in Lateinamerika weisen auf die gewachsene Ablehnung der US-Politik hin.

Der Aufstieg der weltweiten „Anti-Globalisierungs-Bewegung“, ist Vorboten noch gewaltigerer Proteste gegen die Konzernherrschaft und ihrer Auswirkungen.

Derzeit ist ein Großteil der Bewegungen und Regierungen, die gegen den Imperialismus auftreten, nicht links oder gar sozialistisch. Gerade in islamischen Ländern beziehen sie sich auf verschiedene Gründe (siehe die letzte Ausgabe der VORAN) auf reaktionär-religiöse Ideologien. Dort nutzen Teile der herrschenden Klasse den Hass der Massen auf den Imperialismus, um unter dem Deckmantel des Islam eine unabhängige Rolle zu spielen.

Neben diesen direkten Konflikten mit Regionalmächten stehen die Herrschenden in den USA auch vor dem Problem, dass die Auswirkungen ihres Wirtschaftssystems ganze Länder und Regionen ins Chaos stürzen lassen. Auf dem Balkan oder in Somalia sind keine Regimes entstanden, die sich direkt gegen die imperialistische Dominanz gewandt haben. Aber die aus dem Ruder gelaufenen Bürgerkriege haben es für den Westen nötig gemacht, dort zu intervenieren. Auf der einen Seite geht es dabei um die Sicherung zukünftiger Profitinteressen, auf der anderen Seite auch um das Prestige des Imperialismus, das beschädigt würde, wenn er nicht in der Lage wäre, „für Ruhe“ zu sorgen. Vor allem das Eingreifen in solchen Ländern, wo Bevölkerungsgruppen aus nationalistischen Gründen verfolgt werden, wird mit „humanitären“ Argumenten begründet. Dass es damit nicht weit her ist, zeigt die Unterstützung der NATO für die brutale Politik der israelischen Regierung gegenüber der palästinensischen Bevölkerung oder der Finanzierung und Ausrüstung der türkischen Armee im Krieg gegen die kurdische Bewegung.

Diese neue „Weltunordnung“ als Folge der verschärften Ausbeutung produziert also immer neue Krisenherde, die aus Sicht der Herrschenden ein Eingreifen erfordern, sei es, um gezielt ihre Interessen gegen unbotmäßige Regime durchzusetzen, sei es, um Konfliktherde einzudämmen und die Destabilisierung ganzer Regionen zu verhindern. Was aber jedes Mal nur neue Krisen und Kriege vorbereitet.



Wie sich die Bilder gleichen. Kein Wunder, schließlich sind die Motive dieselben geblieben: Ein mögliches Frankreich, im 2. Weltkrieg in der Sowjetunion, heute in Mazedonien)

Verteidigungspolitische Richtlinien

Die Strategie der Bundeswehr wird schon schriftlich festgelegt, als Sozialdemokraten und Grüne noch in der Opposition pazifistische Sonntagsreden hielten, über Blauhelme diskutierten und Rüstungsexporte in Krisenregionen verurteilten. Die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) von 1992 sehen die wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik als Ausgangspunkt für die Militärstrategie.

In einer teilweise verblüffenden Offenheit heißt es dort: „Auf der Grundlage dieser Werte (Grundgesetz, UN-Charta, d. V.) verfolgt Deutschland seine legitimen nationalen Interessen (...). Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.“

Im Entwurf fehlte die Formulierung von der „gerechten Weltwirtschaftsordnung“, es wurde später eingefügt, damit die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels“ nicht allzu brutal klingt. Was wir uns unter diesen Begriffen vorstellen können, zeigt die Superausbeutung der so genannten Dritten Welt der letzten Jahre. Aus dieser Interessenlage resultiert die Absicht, das Einsatzgebiet der Bundeswehr auszuweiten: „Zukünftig muss aber politisches und militärisches Krisen- und Konfliktmanagement im erweiterten geographischen Umfeld eindeutig im Vordergrund unserer Maßnahmen zur Sicherheitsvorsorge stehen.“ In den VPR wird die offizielle Doktrin, dass die Bundeswehr auf Angriffe reagiert, aufgehoben. Militäraktionen weltweit sind nicht mehr das allerletzte Mittel, sondern ein flexibles zu handhabendes Mittel der Politik: „Wesentliches Kennzeichen der dazu benötigten militärischen Kräfte sind rasche Verfügbarkeit sowie ein hohes Maß an Flexibilität und Mobilität (...) Strategisches Denken in Phasen ist (...) überholt. Daher verbietet sich auch eine starre Zuordnung militärischer Fähigkeiten zu den Kategorien Frieden, Krise und Krieg.“ Oder kurz: Angriff ist die beste Verteidigung.

„Jede Form internationaler Destabilisierung beeinträchtigt den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt (...) Kommt es zu solchen Fehlentwicklungen, werden

zerstörerische Einflüsse auch in die hochentwickelten Gesellschaften getragen.“ Im Bundeswehr-Weißbuch von 1994 wird dies weiter ausgeführt: „Deutschland ist aufgrund seiner Interessen, seiner internationalen Verpflichtungen und Verpflichtungen vor gesamten Risikospektrum betroffen“ (Weißbuch, 25).

Offen gehalten ist, was alles Formen „internationaler Destabilisierung“ sind. So können auch Bewegungen, welche die Verhältnisse „destabilisieren“, indem sie die Macht der Konzerne zurückdrängen und die Interessen der arbeitenden Bevölkerung durchsetzen, als abzuwehrendes Gefahren im Sinne der Aufrechterhaltung des freien Welthandels definiert werden.

Da kommen reaktionäre Verbrecher wie Osama bin Laden der Regierung allerdings gelegen, denn so kann die Umwandlung der Bundeswehr zur weltweiten Feuerwehr für Konzerninteressen besser verkauft werden. Niemand kann den Vordenkern im Verteidigungsministerium unterstellen, sie würden nicht offen sagen, was sie denken. Es ist die Aufgabe der Heuchler und Blender wie Schröder, Scharping und Fischer, der Durchsetzung von Konzerninteressen den humanitären, anti-terroristischen Anstrich zu verpassen.

Bündnistreue oder eigene Rolle?

Warum haben es Schröder und Co. jetzt so eilig, mitzumischen? Traben sie aus Bündnistreue den USA hinterher oder haben sie andere Gründe, Soldaten zu schicken? Nicht George Bush ist scharf auf die Teilnahme deutscher Truppen, Schröder selbst treibt die Angelegenheit voran. Deshalb hat US-Kriegsminister Rumsfeld der staunenden Weltöffentlichkeit mitgeteilt, dass die USA gar keine konkreten Anforderungen an die Bundeswehr gestellt haben.

„Unsere Jungs“ müssen für den Krieg vorbereitet werden, weil sich in Zukunft die Interessen nicht decken beziehungsweise offene Konflikte zwischen verschiedenen entwickelten kapitalistischen Ländern ausbrechen. In den VPR heißt es: „Trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten und anderer Partner decken.“



Schon vergessen, dass die pakistanische Regierung unter General Musharraf die Taliban in Afghanistan unterstützt hat? Warner Handedruck für einen Militäraktortor von Kanzler Schröder bei seinem jüngsten Besuch in Pakistan

Rot-grüne Rüstungsexporte

„Nicht nur Massenvernichtungswaffen und ihre Verbreitung, sondern auch der Export konventioneller Waffen gefährden die Sicherheit weltweit. Er trägt dazu bei, dass Konflikte und Krisen zu Kriegen eskalieren können. Die SPD bekräftigt noch einmal ihre Beschlüsse des Wiesbadener Parteitages zum Rüstungsexport.“

Diese „Sozialdemokratische Außenpolitik im Übergang zum 21. Jahrhundert“, so der Titel dieses Thesenpapiers von 1997, hat nicht lange gehalten. Unter der SPD-Grünen-Regierung hat die BRD wieder die Position als drittgrößter Waffenexporteur der Welt erreicht. Von 1999 auf 2000 ist der Rüstungsexport gestiegen.

Immer dabei ist das NATO-Land Türkei. Letztes Jahr gingen rund 30 Prozent der deutschen Rüstungsexporte an das Land. Die türkische Armee setzte aus Deutschland gelieferte Waffen gegen die kurdische Bevölkerung ein. Journalisten wiesen dies 1993 trotz des beharrlichen Leugnens der Kohl-Regierung nach. Grünen-Politiker, damals noch in der Opposition, stellten Strafanzeige gegen die Bundesregierung wegen Beihilfe zum Völkermord.

Symbolträchtig stritten Regierungspolitiker im letzten Jahr um den möglichen Export von Leopard-II-Panzern in die Türkei. Am Ende verhinderte die Pleite des türkischen Staates, der eine Umrüstung auf High-Tech-Panzer nicht bezahlen kann, dass die Debatte zu Ende geführt wurde. Doch gleichzeitig wurde ganz unspektakulär beschlossen, dass die Firma Fritz Werner (Geisenheim) eine

Munitionsfabrik in der Türkei bauen darf, damit die Türkei ihre Infanterie-Munition modernisieren kann.

Die Auflistung der Empfänger deutscher Rüstungslieferer liest sich wie ein „who-is-who“ der jetzigen und kommenden Schauplätze von Krisen und militärischen Auseinandersetzungen: Israel, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Nigeria, Indonesien.

Grundlage bewaffneter Konflikte sind die sozialen Verhältnisse, Unterdrückung und Ausbeutung. Werkzeuge dieser Kämpfe sind jedoch die Waffen, die überwiegend in den entwickelten kapitalistischen Ländern, den „zivilisierten“ Ländern, hergestellt werden. Oft werden die Waffen an „die Richtigen“ geliefert, diese setzen sie für die Aufrechterhaltung der westlichen Konzerninteressen ein. Manchmal geht es schief. Dann müssen auch Bundeswehr-Soldaten ran, um die Waffen zu zerstören, die zuvor von Heckler und Koch, Krauss-Maffei, DaimlerChrysler und anderen geliefert wurden.

Den Konzernen kann das egal sein. Rüstungsproduktion ist staatlich subventioniert und hochgradig durch Korruption und Monopol-Bildung bestimmt. Die Profitrate ist deutlich höher als in anderen Branchen. Die Vernichtung der Produkte ist schließlich ihr Zweck, je schneller dies geht, desto mehr neues Material kann abgesetzt werden.

Der Konkurrenzkampf



en geblieben: Ein möglichst großes Stück im kapitalistischen Konkurrenzkampf um Macht, Märkte, Rohstoffquellen erobern. (Von links nach rechts: Deutsche Soldaten im 1. Weltkrieg in

Noch im Balkan-Krieg haben die USA die führende Rolle gespielt. Aus Sicht der europäischen Regierungen ist es notwendig, dass ihre Militäreinheiten mehr Aufgaben und Führung übernehmen.

Der ökonomische Konkurrenzkampf zwischen den Wirtschaftsböcken und zwischen einzelnen Staaten wird härter. Erst recht vor dem Hintergrund einer weltweiten Rezession.

Im wirtschaftlichen Bereich gibt es seit Jahren Auseinandersetzungen zwischen der Europäischen Union und den USA. Im Streit um Stahl- und Agrarexporte wird schon von Handelskriegen gesprochen. Vor allem die BRD, wirtschaftliche Führungsmacht der EU und noch militärischer Zwerg, giert geradezu danach, „endlich“ mitmischen zu dürfen. Trotz aller internationalen Institutionen und Bündnissen ist der Kapitalismus letztendlich nationalstaatlich organisiert. Ob Daimler – trotz des Anhangs „Chrysler“ noch immer ein deutscher Konzern – oder die Deutsche Bank: im globalen Konkurrenzkampf können sie sich in letzter Instanz nur auf die Armee ihres Nationalstaates stützen. Deswegen ist es zentral für den deutschen Imperialismus, jede Möglichkeit zu nutzen, die „Normalisierung“ der eigenen Militärpolitik voranzutreiben.

Die Mazedonien-Frage ist angesichts der dramatischen Ereignisse in New York und in Afghanistan in den Hintergrund getreten, aber dort hat zum ersten Mal die Bundeswehr die Leitung einer Operation übernommen. Osteuropa und der Balkan sind für die deutschen Konzerne ihr „Hinterhof“.

Zwar sind die westlichen Investitionen dort noch immer gering, aber die BRD ist dabei führend. Im Kosovo/Kosovo und in Montenegro ist die D-Mark faktisch zur Währung geworden.

Geheuchelte Solidarität

Jeden Tag versichern Blair, Chirac und Schröder den USA ihre „uneingeschränkte Solidarität“. In Wahrheit findet hinter dieser schönen Fassade ein knallharter Konkurrenzkampf statt. Britannien, Frankreich und jetzt auch die deutsche Regierung schicken Soldaten nach Afghanistan. Die USA haben daran gar kein Interesse. Das Gegenteil ist der Fall, aber sie machen notgedrungen gute Miene zum bösen Spiel. Afghanistan ist strategisch wichtig, nicht zuletzt wegen dem Zugang zu den Erdöl- und Erdgasvorkommen im Kaukasus. Da will niemand zurückstehen. Auch Putin versucht, einen Fuß in die afghanische Tür zu bekommen.

Ähnliche Konflikte zwischen verschiedenen imperialistischen Blöcken werden auch in Zukunft entstehen. Machtpolitische Interessen muss man militärisch durchsetzen können. Die deutsche Regierung ist daher unter Zeitdruck, „endlich“ die Bevölkerung an Bilder vom Töten und Sterben zu gewöhnen.

KSK – Kern der neuen Bundeswehr

Deutschland hat bei der Umgestaltung der Bundeswehr zur Interventionsarmee besondere Probleme. Einerseits gibt es

eine Tradition von Bewegungen gegen den Krieg in der Bundesrepublik. Auf der anderen Seite ist die Bundeswehr politisch und militärisch stark auf den Ost-West-Konflikt eingestellt worden.

Militärisch war sie eine Massenarmee, die auf den Wehrpflichtigen beruhte. Ihre starken Panzerkräfte waren auf massierte Schläge gegen einen vermeintlichen Angriff der sowjetischen Armee gegen Deutschland eingestellt. Auch die Logistik war darauf ausgerichtet. In den Zeiten des Systemkonfliktes zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt hatte sich die herrschende Klasse in der Bundesrepublik damit abgefunden, eine Juniorrolle in der NATO zu spielen und Mitteleuropa zu sichten, während die weltweiten Interventionen in Stellvertreterkriegen den USA, Britannien oder Frankreich überlassen wurden. Über mobile Einheiten, Kommando-Kräfte, große Transport-Kapazitäten für weite Entfernungen und auch über hochmotivierte Berufssoldaten verfügte die Bundeswehr kaum.

Für die Belange der herrschenden Klasse war die Bundeswehr Anfang der neunziger Jahre viel zu groß, zu teuer, das Material veraltet, die Mentalität nicht zu gebrauchen. Ein Umbau der Bundeswehr auf einen Schlag wäre nicht zu bezahlen oder zu vermitteln gewesen. Daher wurde, während die „alte“ Bundeswehr noch weiter existiert, eine „neue“ Bundeswehr aufgebaut, symbolisiert durch den Aufbau der KSK, der Kommando-Spezialkräfte und anderer Einheiten. Die „alte“ Bundeswehr wird Schritt für Schritt reduziert.

Der Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee ist schon voran gekommen. Doch damit die Bundeswehr zu einer universell einsetzbaren Truppe werden und bei Bedarf ohne oder gegen

die Interessen der imperialistischen Verbündeten/Konkurrenten handeln kann, sind riesige Rüstungsausgaben nötig.

Der Eurofighter, das europäische Kampfhubschrauber-Projekt, der Ausbau der Transportkapazitäten, die Vergrößerung der Spezialkräfte und die Finanzierung der Operationen in Mazedonien und im arabischen Raum werden viele Milliarden erfordern.

Die Rechnung für die „Modernisierung“ der Bundeswehr wird der arbeitenden Bevölkerung präsentiert werden. Die Erhöhung der Tabak-Steuer ist dabei nur ein erster Schritt. Kürzungen in anderen Bereichen sowie weitere Umschichtungen von Steuern zugunsten des Militärhaushaltes sind zu erwarten. Um die Interessen der beteiligten Konzerne aus Deutschland zu sichern, sollen wir bezahlen.

Von der Antikriegsbewegung kann dies genutzt werden, um die Verbindung zu den Arbeiterinnen und Arbeitern zu schaffen. Die Bundesfrauenkonferenz des DGB Ende November hat ein positives Signal gegeben. Sie beschloss: „Wir lehnen eine Politik ab, die ein Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr und ein Antiterrorprogramm für 3 Milliarden DM beschließt, in dem unter anderem Kosten für die Anschaffung eines Transportschiffes und „Fähigkeitstücken“ beim Kampfflugzeug Tornado finanziert werden sollen und 2 Tage vorher, am 17.9. diesen Jahres, 4 Milliarden DM Steuergelder für eine Entlastung der Krankenkassen verweigert.“

Aufrüstung und Krieg sind notwendiger Bestandteil des kapitalistischen Konkurrenzkampfes. Der Kampf gegen Bundeswehreinsatz und gegen Krieg muss deshalb mit dem Kampf für die Abschaffung des kapitalistischen Systems verbunden werden.

EU und Militär

Auf den ersten Blick ist die gesamte Europäische Union bündnistreu zur USA wie nie zuvor und tragt nur hinterher. Doch gleichzeitig versucht die EU, eine eigenständige außenpolitische und militärische Rolle zu spielen. Der Einsatz in Mazedonien ist eine Operation von EU-Ländern unter deutschem Kommando.

Mit dem europäischen Rüstungskonzern EADS ist ein Konzern entstanden, der gegenüber den großen US-Rüstungsschmieden konkurrenzfähig sein soll. EADS ist die Fusion der spanischen Casa, der französischen Aero-spaciale-Matra und der deutschen DaimlerChrysler Aerospace (Dasa). Militärprojekte wie der Eurofighter oder der europäische Kampfhubschrauber haben ein Volumen angenommen, das für einzelne Staaten in der EU finanziell kaum zu bewältigen ist.

Wirtschaftlich, politisch und militärisch stellt sich für die Herrschenden in der EU die Aufgabe, mit den USA als Block in Konkurrenz zu treten, um die eigenen Interessen vertreten zu können. Allerdings kommt dies gerade im militärischen Sektor nicht so schnell voran wie ursprünglich geplant. Die EU hat keine einheitliche herrschende Klasse und keinen einheitlichen Staat. Während die USA klar und gezielt reagieren können, muss innerhalb der EU ein Konsens der Regierungen, der Vertreter der verschiedenen Kapitalisten-Klassen, zustande kommen. Die einzelnen Länder haben jedoch unterschiedliche Interessen. Für Frankreich und Britannien sind nach wie vor die Ex-Kolonien wichtig, oftmals sind die Zielsetzungen aber entgegengesetzt. Für die BRD ist die Stabilisierung und Verwertbarkeit Osteuropas zentral. Dazu kommen unterschiedliche Traditionen. Britannien kann auf eine ungebrochene imperialistische Tradition zurückblicken, Kriegsbeteiligung führt nicht automatisch zu großen Protesten. In Deutschland und Italien hingegen ist durch den Faschismus und den Zweiten Weltkrieg eine starke antimilitaristische Tradition entstanden. Berlusconi schert dies nicht gerade, aber die Regierenden in Deutschland müssen vorsichtiger manövrieren.

Ein geschlossenes militärisches Vorgehen der EU scheint bisher nur möglich, wo die Operation länger vorbereitet werden kann und halbwegs regelmäßig verläuft wie im Kosovo/Kosovo und Mazedonien. Größere Probleme werden schnell Widersprüche aufkommen lassen. Insofern bleiben die USA auf absehbare Zeit ohne echte Konkurrenz.

Trotz der Widersprüchlichkeit der EU-Militärpolitik ist eines klar: Alle EU-Länder werden eine massive Militarisierung der Politik erleben, in allen Ländern wird massiv aufgerüstet, in allen Ländern werden die Militärausgaben steigen, ob für gemeinsame Projekte oder nur für die eigene Armee. Der Widerstand gegen das Europa der Banken und Konzerne muss auch die Militärpolitik der EU angreifen.



Welches Land ist das nächste Ziel für Kampfeinsätze der Bundeswehr? Protest vor dem Bundesparteitag der Grünen in Rostock

- Nein zum Krieg
- Nein zum Bundeswehreinsatz
- Abzug von US-, NATO- und allen anderen ausländischen Truppen aus der Region
- Stopp aller Waffenexporte
- Enteignung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf zivile Produktion bei Erhalt aller Arbeitsplätze
- Statt weltweit Milliarden für Rüstung: Milliarden für die Beseitigung von Hunger und Elend
- Für die internationale Solidarität der arbeitenden und ausgebeuteten Menschen gegen Armut und Unterdrückung, gegen Terror und Krieg
- Für den Aufbau einer politischen Alternative zu Bush, Blair und Schröder: Für neue sozialistische Arbeiterparteien international. Für den Aufbau einer neuen sozialistischen Internationalen der ArbeiterInnen und Jugendlichen
- Schluss mit dem Embargo gegen das irakische Volk und anderer Völker
- Nieder mit den diktatorischen Regimes im Nahen Osten. Dies können nur die arabischen Massen erreichen. Für den Aufbau neuer sozialistischer Arbeiterparteien in der Region, die eine Alternative zum islamischen Fundamentalismus darstellen können. Internationale Unterstützung der Arbeiteropposition in der Region
- Schluss mit der Unterdrückung des palästinensischen Volkes und aller unterdrückten Völker. Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker
- Für ein sozialistisches Israel und ein sozialistisches Palästina in einer freiwilligen sozialistischen Föderation des Nahen Ostens
- Ausbeutung und Unterdrückung sind eine Wurzel von Terror. Kapitalistischer Konkurrenzkampf führt zu Krieg. Darum: Schluss mit der Diktatur der Banken und Konzerne. Überführung von multinationalen Banken und Konzernen in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Für eine sozialistische Demokratie weltweit

International für Arbeitereinheit und Sozialismus

Nigeria

„Menschenleben sind hier nicht viel wert“

Interview mit Lanre Arodade, Mitglied der DSM (Demokratische sozialistische Bewegung, Schwesterpartei der SAV in Nigeria) und ehemaliger Vorsitzender der Ortsgruppe von Lagos der Journalisten-Gewerkschaft (NUJ)

Welche Auswirkungen hatten die Anschläge vom 11. September in Nigeria?

Viele Menschen in Nigeria haben Verwandte in den USA. Von daher rief der 11. September heftige Reaktionen hervor. Es gab wenig Sympathien für die Attacken, aber die Hintergründe wurden vor allem in der Politik der Herrschenden der USA gegenüber dem Nahen Osten und der Palästinenserinnen und Palästinenser gesehen. Der dann drohende Krieg wur-

de vor allem von den Moslems als Krieg gegen ihre Religion verstanden. Von ihnen gab es auch Demonstrationen und Proteste im Norden Nigerias.

Gibt es einen wachsenden Einfluss von islamischen Fundamentalisten?

In Nigeria wurde – schon vor dem 11.9. – in 9 von 36 Bundesstaaten (alle im Norden) die Scharia, das heißt islamisches Recht eingeführt. Das wird dann als Mittel gegen Willkür und Korruption verkauft. Dabei gibt es dort jetzt eine Scharia für Arme und eine für Reiche: Einem einfachen Dieb wird die Hand abgehackt. Ein Top-Regierungsangestellter aber, der Geld gestohlen hat, kam so davon. Es wurde gesagt, er hätte sein Amt missbraucht. Das sei

dann kein Diebstahl.

Jugendliche bekommen keinerlei Bildung. Islamische Erziehung ist dann das einzige, was ihnen geboten wird. Bei all der Armut, Perspektivlosigkeit und Arbeitslosigkeit nutzen die Politiker dann den Islam, um von der Wut auf ihr System abzulenken. Das findet vor dem Hintergrund der allgemeinen Situation in Nigeria statt.

Wie sieht denn dieser Hintergrund aus?

Nigeria ist ein Land, das über enorme Bodenschätze, vor allem über Öl, verfügt. Aber der ganze Wohlstand des sechstgrößten Öl-Produzenten der Welt wird von einigen wenigen Kapitalisten und ausländischen Großkonzernen eingesackt. Dem Lebensstandard

der Menschen kommt das überhaupt nicht zugute. Die Misere führt zu enormer Instabilität, zu ethnischen und religiösen Spannungen und Auseinandersetzungen. Zum Beispiel starben bei Zusammenstößen nach dem 11. September in Kano, einer Stadt im Norden, über 100 Menschen. Das begann zum Teil als religiöse Auseinandersetzung von moslemischen Jugendlichen und anderen. Die Schwäche von sozialistischen Kräften wirkt sich so aus, dass die Menschen auf andere Art nach Auswegen suchen. Die Regionen, die über Öl-Vorkommen verfügen, wollen sich vom Rest Nigerias lösen. Sie verstehen nicht, wo der ganze Wohlstand bleibt. Die soziale Misere führt dazu, dass die nationale Frage, Fragen von

Stämmen, Religionen und Minderheiten, immer wieder brutal aufgeworfen werden. Und Menschenleben sind hier, in Nigeria, nicht viel wert.

Was habt Ihr von der DSM aus gemacht?

Unsere Arbeit wurde durch das Vorgehen der Polizei stark erschwert. Durch Verhaftungen wurde es uns sehr schwer gemacht, auch nur eine Presseerklärung herauszubringen. Wir planten eine Veranstaltung zu den Anschlägen, bei der wir mit 2.000 Teilnehmern gerechnet hatten. Dies wurde verboten und von der Polizei verhindert. Wir mussten also vor allem mit Flugblättern, unserer Zeitung und Diskussionen unsere Position bekannt machen. Nach dem Ende der Militärregierung

1999 geht der Kampf um Demokratie weiter. Auch im Vorfeld der Wahlen in einem Jahr kämpfen wir für wirkliche demokratische Rechte, der Möglichkeit für alle Parteien dort anzutreten. Wir kämpfen aber auch dafür, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter eine eigene Partei haben, die sie wählen können und in der sie gewählt werden können. Bisher müssen zum Beispiel öffentliche Angestellte ihren Job aufgeben, wenn sie gewählt werden, ohne sich irgendwie finanziell die Kontrolle über die Gesellschaft übernimmt und nur einen sozialen Ausweg aufzeigt. Nur auf einer sozialistischen Grundlage kann auch die Einheit des Landes überhaupt gewährleistet werden. ■



Jagadish G. Chandra von der indischen Sektion des CWI, Nava Samajvadi Paryaya (Neue sozialistische Alternative), über die Konflikte zwischen Hindus und Moslems auf dem indischen Subkontinent und über den Aufbau einer antimperialistischen Bewegung in der Region

Indien

„Jede Form von Protest kann mit den „Anti-Terror-Gesetzen“ als Terror interpretiert werden“

Indien ist eine der Atommächte in der vom Krieg betroffenen Region. Welche Auswirkungen hatten die Anschläge auf Pentagon und World Trade Center in Indien?

Die in Indien regierende BJP (Nationale Hindu Partei) versucht die Anschläge zu nutzen, um ihre Hetze gegen Moslems zu verstärken. Sie versuchen, auch in Bezug auf Pakistan und Kaschmir, den Islam als Wurzel allen Übels darzustellen. Das soll von ihrer eigenen unsocialen Politik ablenken.

Sie gingen jetzt sogar so weit, mit Krieg zu drohen. Sollte der Terror um Kaschmir ähnliche Ausmaße annehmen wie in den USA, dann würden sie auch mit ähnlichen Vergeltungsmaßnahmen reagieren.

Für was für eine Politik steht denn die BJP?

Bevor die BJP an die Regierung kam, hatten sie eine nationalistische, antimperialistische Politik angekündigt. Sie hatten die Macht der multinationalen Konzerne und der USA angeprangert. Nachdem sie in der Regierung waren, hat sich das umgedreht: Den Ausverkauf an die Konzerne durch die alte Regierung haben sie noch übertrieben. Es gab eine weitere Öffnung der Märkte, Privatisierungen und die ganze Palette neoliberaler Angriffe.

Was für Maßnahmen wurden denn jetzt mit dem Krieg gegen den Terror begründet?

Auch in Indien gab es „Anti-Terror-Gesetze“. Sie sind sehr vage formuliert. Jede Form von

Protest kann in Zukunft als Terror interpretiert werden. Das wurde ganz schnell in der Woche nach den Anschlägen durchgezogen. Die Militärausgaben wurden nochmals erhöht. Alle ökonomischen Schwierigkeiten werden jetzt mit dem Krieg in der Region begründet. Das diente dann als Begründung, auch noch die Arbeitsgesetze zu verschlechtern.

Schon in der Vergangenheit gab es immer wieder Zusammenstöße zwischen Hindus und Moslems. Wie haben sich diese Spannungen weiterentwickelt?

Wegen der zunehmenden Stimmung gegen sie waren die moslemischen Menschen eher ängstlich und haben sich kaum zu Wort gemeldet. In Malegaoon im Staat Maharashtra gab es Antikriegsproteste von Mos-

lems. Die wurden von Hindu-Gangs angegriffen und es kam zu Straßenschlachten, zu Bürgerkriegs-Situationen. Die Situation hat sich insgesamt verschlechtert: Vor dem 11. September gab es eine starke Stimmung gegen die Regierung, gegen die Macht der WTO, gegen angekündigten Arbeitsplatzabbau. Es gab Proteste und Demonstrationen. Der 11. September hat diese Entwicklung abgeschnitten und das Bewusstsein zurückgeworfen.

Was habt Ihr in dieser Situation gemacht?

Wir arbeiten zum Beispiel in Bangalore im Anti-Imperialistischen Forum. Wir haben Proteste gegen ein Treffen globaler Investoren in Bangalore organisiert und an den Aktionen gegen die WTO-Tagung in Ka-

tar teilgenommen. Bei diesem Anlass haben wir auch unsere Position gegen den Krieg bekannt gemacht. Dies stand in der Tradition unsere Arbeit gegen den Militarismus in Indien. Wir beteiligten uns auch dieses Jahr wieder am 9. August, dem Hiroshima-Tag, an den Protesten gegen die Atombombentests.

Innerhalb des Anti-Imperialistischen Forums kämpfen wir für eine Position gegen die Unterdrückung durch den Imperialismus unter Führung der USA, für eine sozialistische Föderation der Staaten auf dem indischen Subkontinent. Dazu gehört auch das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen. Wir greifen dort auch die imperialistische Rolle der Herrschenden in Indien, zum Beispiel gegenüber Pakistan und Kaschmir, an. ■



Ariel Gottlieb von der Maavak Sozialisti (Sozialistischer Kampf), organisiert im CWI, schildert die Lage in Israel/Palästina nach dem 11. September

Im deutschen Fernsehen wurden nach dem 11. September Bilder von feiernden Palästinenserinnen und Palästinensern gezeigt. War das die Stimmung der Palästinenser?

Weniger der Palästinenser in Israel selbst, aber in West-Bank und im Gaza-Streifen gibt es einen enormen Hass auf die USA wegen ihrer Unterstützung für die Herrschenden in Israel. Insgesamt hat der 11. September

zu einer weiteren Polarisierung zwischen Juden und Palästinensern geführt. Das zeigte sich auch in der Unterstützung vieler Juden für den Krieg und der Ablehnung des Krieges durch die Palästinenser.

Arafat versuchte einen anderen Eindruck zu vermitteln...

Arafat stellte sich voll auf die Seite der Anti-Terror-Koalition. Er gab als Show-Effekt sogar

Israel

„Der Friedensprozess ist am Ende“

eine Blutspende für Amerika ab. Das hilft ihm aber auch nicht weiter.

Es findet eine weitere Eskalation der Gewalt statt. Nicht geradlinig, aber die Feuerpausen werden immer kürzer, die Vorstöße Israels immer weitergehend und die palästinensischen Behörden existieren kaum mehr als Staat oder vorstaatliche Einrichtungen. Die palästinensischen Gebiete zerfallen in verschiedene kleine Gebiete, in denen verschiedene Teile des Apparats oder bewaffnete Gruppen das Sagen haben. Der Friedensprozess ist längst am Ende. Die Menschen sind müde, kämpfen um das tägliche Überleben und gegen die Repressionen der palästinensischen Behörden.

Welche Rolle spielen dabei Gruppen wie Hamas oder Dschihad?

Sie waren schon immer gegen den so genannten Friedensprozess und stellen die Hauptopposition zu Arafat dar. Nicht ihr islamischer Fundamentalismus, sondern diese Merkmale sind der Hintergrund für ihre wachsende Rolle. Sie erhalten auch genügend Unterstützung von den Herrschenden Saudi-Arabiens oder anderer Golfstaaten. Gegenüber der korrupten Arafat-Behörde und bei den vorhandenen sozialen Bedingungen können sie sich als Ausweg präsentieren.

Die entscheidende Frage war aber politisch in den letzten Monaten die der zweiten Intifada.

Wie unterscheiden sich die Proteste der ersten Intifada von den jetzigen Ereignissen?

Die ersten Monate der zweiten Intifada waren davon geprägt, dass weniger Massenaktionen durchgeführt wurden. Statt des-

sen standen Anschläge von einzelnen unter der Führung von Hamas und Dschihad im Vordergrund. Eine politische Strategie darüber hinaus fehlt leider. Bei Beerdigungen von Opfern der israelischen Vorstöße wird immer wieder das Potenzial einer Massenbewegung gegen Unterdrückung und Ausbeutung deutlich. Vor kurzem nahmen auch 6.000 Leute in Bethlehem an einer Demonstration gegen die Okkupationen teil.

Zu welcher Reaktion führt die zweite Intifada bei Jüdinnen und Juden in Israel?

Die normalen Menschen Israels zahlen den Preis für die Sackgasse des Friedensprozesses. Sie sind die Opfer von Bus-Bomben oder Anschlägen. Ihr Bedürfnis nach Sicherheit steigt enorm. Aber der einzige Weg, in Israel zu Frieden und Sicherheit zu gelangen, ist der, eine

Lösung der nationalen und sozialen Frage auch der Palästinenser zu erreichen. Der Sturz der kapitalistischen Regimes auf beiden Seiten, der israelischen herrschenden Klasse und des Arafat-Regimes, sind dazu nötig. Bei der jetzigen Kluft zwischen Juden und Palästinensern sind wohl noch einige Anstrengungen nötig, bevor aus dem Kampf heraus ein gemeinsamer Kampf der arbeitenden Menschen beider Seiten möglich wird. Mit dem gemeinsamen Ziel einer sozialistischen Föderation im Nahen Osten, mit speziellem Schutz aller Minderheiten wird es möglich sein, Armut, Not und Flüchtlingselend zu beseitigen und die Konflikte auf einer gemeinsamen Grundlage der Arbeiterinnen und Arbeiter zu lösen. ■

Alle Interviews auf dieser Seite von Stephan Kimmerle, Stuttgart

USA

New Yorker Feuerwehrleute im Konflikt mit dem Establishment



Am ersten Novemberwochenende hatten empörte Feuerwehrleute wutentbrannt die Absperren der Anschlagstätte vom 11. September in Manhattan gestürmt. Der Protest richtete sich gegen ihren Abzug von den Bergungsarbeiten am zerstörten World Trade Center. 343 Feuerwehrleute waren am 11. September ums Leben gekommen. Auf Plakaten und Transparenten erklärten die wütenden Kollegen, dass sie noch ihre Brüder finden müssten.

Vorausgegangen war ihrer Protestaktion die Ankündigung vom Bürgermeister Giuliani, die Bergungsarbeiten einzustellen – nachdem geschätzt worden war, dass keine weiteren Goldbarren mehr unter den Trümmern zu finden sein werden.

Bei der Aktion besetzten die Beschäftigten auch Baukräne und setzten sich entschlossen gegen die Kräfte der Polizei zur Wehr. Aufgrund dieser Auseinandersetzungen erhob die New Yorker Staatsanwaltschaft Anklagen gegen zehn der Demonstranten. Einen Teil der Anklagepunkte liefen die Vertreter des Staatsapparates allerdings schnell wieder fallen, da die Solidarität innerhalb der arbeitenden Be-



„Bringt sie heim!“ mit diesem Ruf protestierten die Feuerwehrleute in Manhattan gegen ihren Abzug und der vorzeitigen Beendigung der Bergungsarbeiten am zerstörten World Trade Center

völkerung mit den Feuerwehrleuten nach wie vor enorm ist.

Große Teile der US-Arbeiterklasse haben nicht vergessen, dass Hunderte von Rettungshelfern am 11.9. ihren Kopf riskierten, während US-Präsident Bush zum gleichen Zeitpunkt in einen der sichersten Bunker der Welt geflüchtet war. Die meisten Feuerwehrleute könnten wahrscheinlich heute noch

am Leben sein, wenn viele Firmen in Manhattan sich in der Vergangenheit nicht geweigert hätten, Informationen über die Struktur der Gebäude und der auf ihren Grundstücken gelagerten Bestände (zum Beispiel Chemikalien) bekannt zu geben. Hätte es diese „Firmengeheimnisse“ nicht gegeben, hätten den Rettungshelfern zum Beispiel nötige Informationen darüber vor-

liegen können, in welchen Zeiträumen ein Einsturz der Gebäude zu erwarten ist.

Die Schuttberge glichen mehr Giftmülldeponie. Unter anderem war Asbest freigegeben, als die Gebäude eingestürzt waren. Dennoch hatte man den Rettungshelfern nur völlig unzureichende Papiermasken zur Verfügung gestellt.

Belgien

Spontane Arbeitsniederlegungen von Sabena-Beschäftigten

Nach dem Bankrott von Sabena, der ehemals staatlichen Fluggesellschaft in Belgien, verlieren alle 13.095 Beschäftigten ihren Arbeitsplatz, nachdem sie schon jahrelang mit Flexibilisierung und Lohnverlust für die Folgen von Privatisierung und Mismanagement bezahlt haben. Die Flugbranche ist weltweit in der Krise, alleine in diesem Sektor wurde der Abbau von über 100.000 Arbeitsplätzen angekündigt. Aber während die Manager und Politiker vor allem den 11. September und seine Folgen dafür verantwortlich machen, haben viele, unter anderem die Pilotenvereiner und die belgische Schwespartei der SAV, in den letzten Jahren vor einer solchen Entwicklung gewarnt.

Von Tinette Schnatterer, zur Zeit Brüssel

Mit der Liberalisierung des Flugverkehrs und der zunehmenden Privatisierung staatlicher Fluggesellschaften in den letzten Jahren kam es zu einer massiven Verschärfung der Konkurrenz und wurden enorme Überkapazitäten geschaffen. Durch Preis-

dumping und Übernahmen versuchten die großen Linien die kleineren in den Bankrott zu treiben. Diese Entwicklung führte in den USA bereits dazu, dass ein paar Flugriesen den ganzen Verkehr kontrollieren und Tausende Arbeitsplätze verschwand.

Sabena wurde Mitte der Neunziger teilprivatisiert und 49,5 Prozent an Swiss Air verkauft. Privatisierung bedeutet immer, dass die lukrativsten Teile des öffentlichen Eigentums verschleubt werden, und auf Kosten der Beschäftigten und Nutzer privaten Profitinteressen unterstellt werden. Seit der Übernahme hat Swiss 1,75 Milliarden Mark aus Sabena heraus gezogen, mit der direkten und indirekten Unterstützung der belgischen Regierung, die Swiss Air zum Beispiel in einem Abkommen zusicherte, diese nicht vor Gericht zu stellen. Mismanagement spielte eine weitere Rolle beim Herunterwirtschaften von Sabena. Die Pilotenvereinigung hat in den letzten Jahren immer wieder die Offenlegung der Geschäftsabläufe gefordert, ohne allerdings die Unterstützung der Gewerkschaften dafür zu bekommen. Die Gewerkschaften haben wiederholt versucht, die Piloten und die rest-

lichen Beschäftigten gegeneinander auszuspielen, kein einziger Kampf wurde in den letzten Jahren geführt. Weder gegen die Privatisierung noch gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, noch nicht einmal jetzt bei der geplanten Schließung von Sabena.

Statt dessen hat sich die Gewerkschaftsführung an der Ausarbeitung eines „Sozialplans“ beteiligt, der so schlecht ist, dass er in manchen Bereichen nicht einmal die gesetzlichen Standards erfüllt. Folglich trauten sie sich nicht, den Plan bei einer Vollversammlung der Beschäftigten vorzustellen und ließen die KollegInnen lieber in Unwissenheit.

Die Wut ist enorm bei den KollegInnen von Sabena. Das drückte sich in den spontanen Arbeitsniederlegungen und Protesten aus, die ohne Hilfe der Gewerkschaften stattfanden. Der Unmut wurde auch deutlich auf der Demo am 11. November. Diese Demo wurde von den Gewerkschaften organisiert, als die Schließung von Sabena



Am 6. November traten Hunderte von Sabena-Beschäftigten am Brüsseler Flughafen Zaventem in einen Streik gegen die drohenden Entlassungen

bereits über die Bühne war, trotzdem kamen 10.000 Kollegen auch aus anderen Bereichen, in denen Massentlassungen anstehen, wie der Autoindustrie und der Post. Ganze Familien waren auf der Straße. Kinder hatten selbst gebastelte Schilder und fast alle Anwohner hatten Solidaritätsschilder in ihre Fenster gehängt. Während die Sabena-Beschäftigten zum Flughafen zogen, erklärte die Gewerkschaftsführung die Demo auf halber Strecke für beendet, stattdete die Demo so und versuchte zu verhindern, dass sich die anderen KollegInnen anschließen. Viele KollegInnen haben die Schlussfolgerung

gezogen, dass wir den Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und Privatisierung mit dem Kampf für kämpferische und demokratische Gewerkschaften verbinden müssen. Vielen Sabena-Beschäftigten ist auch bewusst, dass der Kampf gegen Privatisierung und die Krise der Fluglinien international geführt werden muss.

Ausgerechnet am 13. Dezember, dem Tag der internationalen Gewerkschaftsdemo in Brüssel, soll die nächste Verhandlung über die Bankrottabwicklung von Sabena stattfinden, ein guter Anlass, den Protest weiter voran zu treiben.

Reisebericht aus dem Iran

Arbeiterproteste und Jugendaufstände

Ich war in diesem Sommer für etwa 7 Wochen im Iran. Schon als ich ankam, dachte ich, „irgendetwas entwickelt sich hier“. Erst war es verhältnismäßig ruhig, was aber eher künstlich wirkte. An den Hauswänden waren Parolen gegen die Regierung geschrien. Die wirtschaftlichen Zustände sind katastrophal.

Es funktioniert nichts mehr. Es gibt eine massive Inflation, welche die Grundbedürfnisse unbezahlbar macht. Medikamente sind kaum zu erstehen, deshalb werden Tabletten einzeln verkauft; also wenn man krank wird, dann kauft man zum Beispiel 3 Tabletten gegen Fieber. Operiert wird

nur, wer es bezahlen kann. Bildung ist um 50 Prozent zusammengeknürzt worden in den letzten Jahren. Gleichzeitig schwindet die Angst vor den Herrschenden. Ganz offen erzählen Leute, dass man die Mullahs zur Strecke bringen muss. Die Wut richtet sich sowohl gegen die so genannten Reformen als auch gegen den Chamenei-Flügel. Viele sagen inzwischen, dass sie von dem Präsidenten und „Reformer“ Khatami (der noch bei den Kommunalwahlen 1999 mit seinen Kandidaten 70 Prozent der Stimmen bekam) nur betrogen worden seien, er wäre nur gestellt worden, damit sich das Volk beruhigt. Die herrschenden Islamisten ha-

ben nach den ständigen Demos, Streiks und Unruhen der letzten Jahre neue „Anti-Krawall-Einheiten“ aufgebaut, das „Komitee 110“. Diese gepanzerten und verummumten Mordmaschinen in Schwarz werden bei Protesten eingesetzt, sie haben alle Rechte und sind bekannt für brutale Methoden. Sie sind außerdem loyale Chamenei-Anhänger. In den Medien wird gesagt, man solle sich beim „Komitee 110“ melden, wenn man Leute vermisst.

Die meiste Zeit habe ich in Isfahan verbracht. Eigentlich fließt ein Fluss da durch. Aber diemal floss da nichts, man erklärte mir später, der Fluss sei umgeleitet worden, um die Pistazien von

Rafsandschani zu bewässern. Rafsandschani ist einer der mächtigsten Strippenzieher, der außerdem am Export von Pistazien viel Geld verdient. Ich habe Leute noch nie solche Dinge fluchen hören, wie wenn es um ihn ging. Aber es ist nicht nur die ständig ansteigende Wut, die in der Luft liegt. Gerade gab es drei Arbeiterproteste, und von mehreren Jugendaufständen in verschiedenen Städten wurde berichtet. Bei den Arbeiterprotesten kam es zu heftigen Zusammenstößen, wobei diese „Anti-Krawall-Einheiten“ eingesetzt worden sind, es wurde massiv und kompromisslos auf alles geknuppelt, was sich bewegte. Ein paar Tage später nahmen

die Arbeiter ihre Familien zu den Protestaktionen mit, Kinder und viele alte Menschen waren dort, doch auch da wurde sofort mit aller Gewalt reagiert. Etwa zwei Drittel aller Teilnehmer sollen mitgenommen worden sein. Darauf gab es eine dritte Demo, die zeitgleich mit Jugendaufständen in Teheran stattfand. Diese Arbeiter und Jugendlichen fürchten nichts mehr. Nicht die Polizei, nicht die Armee, nicht das Komitee 110. Sie wissen, wer ihr Feind ist, und sie spüren seine Angst. Sie stehen auf für eine neue Zukunft und vertrauen in die Kraft der Massen.

Ahmad Musawi, Köln

Wahlen in Dänemark

Am 20.11. wurde das dänische Parlament neu gewählt. Das Ergebnis war eine große Niederlage für die regierenden Sozialdemokraten, die um 11 Mandate auf 52 fielen. Der neue Premierminister wird Anders Fogh Rasmussen von Venstre, einer rechtsliberalen Partei, die nun mit 56 Mandaten (plus 14) die größte Partei ist. Die neue Regierung muss sich auf die größte Gewinnerin der Wahl, die Dänische Volkspartei stützen, welche die Zahl ihrer Mandate, von 13 auf 22 fast verdoppelte. Diese rechts-populistische, offen rassistische Partei, ist dafür berüchtigt, noch weiter rechts als Haider's FPÖ zu stehen.

Die Sozialdemokraten hatten versucht, nach dem 11. September durch eine mit rassistischen Tönen durchsetzte Anti-Terrorkampagne, Stimmen zu gewinnen. Doch das Gegenteil war der Fall. Gerade diese Kampagne lenkte Wasser auf die Mühlen der Dänischen Volkspartei.

Die Sozialdemokraten hatten schon länger auf die rassistische Karte gesetzt. Der sozialdemokratische Innenminister hatte im vergangenen Jahr vorgeschlagen, straffällig gewordene ImmigrantInnen (einschließlich Ladendieben) auf eine einsame Insel zu schicken.

Die Wahlen in Dänemark sind ein weiteres Beispiel dafür, wie die rassistische Politik ehemals linker Parteien zum Aufstieg der extremen Rechten führt.

Studierendenstreik in Spanien

Über 3 Millionen SchülerInnen und StudentInnen traten am 7.11. in Spanien in den Streik. Etwa 200.000 trugen ihren Protest auch auf die Straße. 50.000 demonstrierten in Madrid, 20.000 in Sevilla, 15.000 in Santiago, 10.000 in Barcelona... Der Streik richtete sich gegen die neuen Bildungsgesetze der rechten Regierung, die Privatisierungen, höhere Studiengebühren und Angriffe auf die demokratischen Rechte der Studierenden bedeuten würden. Weitere Aktionen sind geplant.

Metallerstreik in Italien

Schon im Juli wurde bei den Protesten in Genua für Italien ein heißer Herbst angekündigt. Am 16. November traten drei Viertel der italienischen MetallarbeiterInnen in den Streik für einen neuen Tarifvertrag. 250.000 Menschen folgten dem Aufruf der Metallgewerkschaft Fiom zu einer landesweiten Demonstration in Rom. Die Regierung Berlusconi kündigte zeitgleich an, den Artikel 18 des italienischen Arbeitsgesetzbuches zu revidieren, der den Kündigungsschutz sichert. Der Generalsekretär der Fiom, Claudio Sabatini, forderte daraufhin einen Generalstreik. „Wir werden hier nicht Halt machen. Man wirft uns vor, wir wollten den politischen Streik, aber wenn Berlusconi den Art. 18 streichen und die prekäre Beschäftigung steigern will, dann ist das eben ein politischer Streik.“

Am 12. November hatten bereits die LehrerInnen an den öffentlichen Schulen gestreikt. Etwa die Hälfte aller LehrerInnen nahm an dem Streik teil. Der Streik richtete sich gegen Bildungs„reformen“ und Kürzungspolitik.

Schlappe für Berlusconi

Für den 10. November hatte Berlusconi unter Einsatz seiner ganzen Kriegsmaschinerie zu einer Pro-Kriegskundgebung in Rom aufgerufen. Dennoch kamen zu dieser Demonstration nur etwa 30.000 Leute. Zu der gleichzeitig an anderer Stelle der Stadt stattfindenden Demonstration gegen den Krieg kamen hingegen weit mehr als 100.000 Protestierer – ohne die Mobilisierungshilfe von Fernsehsehdern.

Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Marktwirtschaft weit sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliarden fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative – SAV wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD- und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, dass gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im Komitee für eine Arbeiterinternationale zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft der

Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der Schröder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuergeschenke an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft, in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Wofür wir kämpfen:

Arbeit für alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege – Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden
- ★ Verteilung der Arbeit auf alle 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 Mark netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung und der SPD/Grünen Koalition
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

Jugend

- ★ Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen und Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 SchülerInnen sowie Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule
- ★ Nein zu Studiengebühren Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien BaFoG von 1500 Mark netto
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe aller Unternehmen Schaffung von öffentlichen, überbetrieblichen Ausbildungszentren

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung vom 1. bis zum 13. Lebensjahr

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten



Littenstr. 106/107, 10179 Berlin
Telefon: (030) 24723802,
Fax (030) 24723804,
e-mail:redaktion@sav-online.de

Überregionale marxistische Monatszeitung – Erscheint seit 1973
Herausgeber: Sozialistische Alternative (VORAN) e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Aron Annm
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

<http://www.sav-online.de>

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28.11. Die nächste VORAN erscheint am 4.1.02

Leserbrief



24 Stunden Asylbewerberheim Löbau bei Dresden



Ich fahre mit meiner Freundin Sonja in ein Asylbewerberheim in der Nähe von Dresden. Wir möchten etwas über die Zustände in dem Heim und ihrer Bewohner erfahren. In erster Linie besuchen wir Gajo, der mit Freunden von mir in einer afrikanischen Band spielt. Gajo selbst ist ebenfalls Afrikaner, kommt aus Gineau-Bissau (Westafrika). Auf dem Weg zum Heim, welches am Ortsausgang liegt, erzählt er uns, dass er Angst hat hier alleine auf der Straße zu gehen. Seinen Freund David, der ebenfalls schwarz ist, hat man schon einmal hier an einem Sonntagmorgen mit drei Autos verfolgt. Er hat sich daraufhin ein paar Stunden in einem Graben versteckt. Seitdem gehen die beiden nur noch in der Gruppe in den Ort.

Von weitem können wir das Heim erkennen. Es steht neben dem frisch verputzten Sportheim und dem ebenso renovierten Arbeitsamt. Das Heim selbst ist grau. Aus den vielen geöffneten Fenstern empfangen uns viele neugierige Gesichter.

Heute ist der Chef nicht da, sagt Gajo. Zum Glück, da können wir ihn ungestört besuchen. Eine Frau am Eingang nimmt uns unsere Pässe ab.

Gajo zeigt uns sein Zimmer. Die Wände sind schmutzig, als hätten sie seit Jahren keine weiße Farbe mehr gesehen. Die vorhandenen Möbel kommen vom Sperrmüll und sind dementsprechend kaputt und zerlöcherd. Wenn man als Flüchtling hier ankommt, findet man außer einem Bett und dem Kühlschrank nichts vor.

Wir lernen David kennen. Er kommt aus Angola, in dem seit 24 Jahren Bürgerkrieg herrscht.

Fluchtartig musste er seine Reise nach Europa antreten, musste seine schwangere Frau zurücklassen, von der er bis heute keine Nachricht hat. David zeigt uns den Zeitungsartikel, der über seine Verfolgung von den Neonazis berichtet. Wir treffen auf zwei weitere junge Männer aus Angola. Auf unsere Frage, wie es ihnen hier ginge, fangen sie sofort an zu erzählen. Sie beklagen, dass sie hier weder zur Schule gehen noch arbeiten können. Selbst für 2,50 Mark in der Stunde würden sie arbeiten, doch jede Tätigkeit wird ihnen verwehrt. Sie haben somit keinerlei Zukunftsaussichten und müssen anstatt dessen versuchen, die Zeit tot zu schlagen. Ein 16-jähriger Angolaner erzählt, er habe im Krieg seine ganze Familie verloren und sei alleine nach Europa geflüchtet. Er beginnt zu weinen. Wir müssen unser Interview abbrechen.

Zwischendurch sehen Sonja und ich uns die sanitären Anlagen an. Es gibt für die 370 Personen eine Dusche für die Frauen und eine für die Männer. Die Toiletten sind in einem sehr unhygienischem Zustand. In dem Raum, der als Küche dienen soll, finden wir 3 verschmutzte Herde, ein Spülbecken und daneben eine verschmutzte Mülltonne. Tische oder Stühle zum gemeinsamen Essen finden wir keine vor.

Wir werden von allen Leuten freundlich und neugierig empfangen und überall zu einer Limonade eingeladen. Eine algerische Familie erzählt uns, dass sie seit 5 Jahren in diesem Heim lebt. Sie haben wie alle anderen keinerlei Information über die Dauer ihres Aufenthalts hier und darüber, ob sich ihre Situation jemals verbessern wird. Eine

Frau aus Kabul ist froh, hier in Deutschland sein zu können. Das Taliban-Regime hakte den Frauen, die mehr als die Spitzen ihrer Finger zeigen, die Hände ab. Ihre Kinder haben die Möglichkeit, deutsch zu lernen. Sie selbst hat keine Perspektiven in Deutschland. Zum Glück gibt es im Heim noch andere Frauen, mit denen sie sich austauschen kann.

Wir verbringen den Abend mit Gajo und David in deren Zimmer. Die beiden zeigen uns die Lebensmittelmarken, mit denen sie nur in den speziell für Asylbewerber vorgesehenen Supermärkten, einkaufen können. Jedem Asylbewerber stehen pro Tag 8 Mark zu. Dort ist alles viel teurer als in einem normalen Supermarkt. Wechselgeld für die Marken gibt es nicht. Ich frage mich, wie die beiden es trotzdem geschafft haben, an diesem Abend für uns zu kochen.

Weil der Chef heute nicht da ist, können wir sogar in Gajos Zimmer übernachten.

Ich bin todmüde, kann aber trotzdem nicht einschlafen. Der ganze Tag mit seinen Tausenden Geschichten überschlägt sich in meinem Kopf und ich denke nur darüber nach, wie man den einzelnen Personen hier helfen kann. Man muss den Leuten doch eine Chance geben, ihr zukünftiges Leben zu gestalten.

Ich schlafe sehr schlecht und höre die ganze Nacht Geräusche. Jemand scheint mitten in der Nacht die Treppen zu kehren.

Am nächsten Morgen regnet es und alles ist grau. Sonja und ich müssen uns beeilen. Heute kommt der Chef zurück.

Julia Wehner, Hamburg

In eigener Sache

Die letzte Ausgabe der VORAN weist einige Layoutfehler auf. Unsere Druckerei erhält von uns Acrobat-PDF-Dateien, aus denen dann die Druckplatten erstellt werden. Leider ist uns beim Erstellen dieser Druckdatei ein Fehler unterlaufen. Eine notwendige Schriftart wurde [nicht in die Datei eingebunden, alles Layout daher durcheinandergelacht. Um solche Fehler zu vermeiden, werden wir die Druckdateien in Zukunft doppelt überprüfen. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

- Aachen**
OG Ost: Dienstags, 19 Uhr, im SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG Mitte/West: Mittwochs, 19 Uhr, „Ché-Haus“, Pönstr. 41
☎ 0241 - 50 86 85 e-Mail: aachen@sav-online.de
- Berlin**
OG Prenzlauer Berg - Süd: Mittwochs, 19 Uhr, im „Mädchentripp“ Lotte, Lottumstr./Ecke Christinenstr. (Eingang Christinenstr.) U-Bhf. R-Luxemburgplatz
OG Prenzlauer Berg - Nord: Donnerstags, 19 Uhr, im „Kiezladen“, Dünckerstr. 14 (Nähe U-Bhf Eberswalder)
OG Kreuzberg: Mittwochs, 19 Uhr, im „Eiertanz“ Admiralstr. 17 (U-Bhf Kottbusser Tor)
☎ 030 - 44 08 429 e-Mail: berlin@sav-online.de
- Bremen**
Mittwochs, 19 Uhr, im „Freizi“ Friesen, Friesenstr. 110 (Haltestelle Linie 2, 3, 10 Brunnenstr.)
☎ 0421 - 5 57 68 97 e-Mail: bremen@sav-online.de
- Bremerhaven**
Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale oder e-Mail: savbvh@aol.com
- Dresden**
Mittwochs, 19 Uhr, im „Colorado“, Jordanstr. 05 (HH)
- Freiburg**
Sonntags, 18 Uhr, im SAV-Büro, Krozinger Str. 58
☎ 0761 - 4 16 32 e-Mail: savfr@aol.com
- Greifswald**
Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale
- Hamburg**
OG Altona: Dienstags, 19 Uhr, im „Eine-Welt-Netzwerk“, Große Bergstr. 255
OG Eimsbüttel: Mittwochs, 19 Uhr, im „Miecke Meier“, Müggenkampsweg 34
☎ 0178 - 2068489 e-Mail: hamburg@sav-online.de
- Heinsberg**
Infos über Marcus 0172 - 1014123
- Kassel**
Montags, 19 Uhr, im Kulturzentrum „Schlachthof“, Mombachstr. 12
☎ 0561 - 92 235 22 e-Mail: kassel@sav-online.de
- Köln**
OG Innenstadt: Dienstags, 19.30 Uhr, im „Allerwelts-Haus“, Körnerstr. 77-79 (Ehrenfeld)
OG Kalk: Donnerstags, 19.30 Uhr, im „Naturfreundehaus“, Kapellenstr. 9 a (U-Bahn Kalk Kapelle)
☎ 0221 - 83 06 381 e-Mail: koeln@sav-online.de
- Mönchengladbach**
Infos über SAV-Aachen
- Rostock**
OG Innenstadt: Donnerstags, 19 Uhr, im SAV-Büro, Augustenstr. 92 (Eingang über Grüner Weg)
OG Dierkow: Donnerstags 19 Uhr, „Kita der Volkssolidarität“, J.-Chr.-Wilkenstr. 1 (Endhaltestelle Linie 2)
☎ 0381 - 499 65 90 e-Mail: rostock@sav-online.de
- Saarbrücken**
☎ 0178 - 6136134 e-Mail: saar@sav-online.de
- Siegen**
Mittwochs, 19 Uhr, im „Zentrum für Friedenskultur“, Alte Poststr. 14-16 (Oberstadt)
e-Mail: siegen@sav-online.de
- Stuttgart**
OG Süd/Ost: Dienstags, 19.30 Uhr, in der „AWO Ost“, Osendstr. 77/1 (Haltestelle Ostendplatz),
OG Nord/West: Mittwochs, 19.30 Uhr, im „Naturfreunde-laden“ Senefelderstr. 19 (Haltestelle Feuersee)
☎ 01787 - 24 24 42 e-Mail: stuttgart@sav-online.de
- Trier**
Infos über Christoph:
☎ 0651 - 99 165 17 e-Mail: trier@sav-online.de
- Sonstiger Kontakt zu folgenden Städten:**
Darmstadt, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Göttingen, Heidelberg, Karlsruhe, Kiel, Münster, Mannheim (e-Mail: sav-mannheim@gmx.de ☎ 0162-5669256), Oldenburg, Schönaun, Solingen über die SAV-Bundeszentrale ☎ 030 - 24 72 38 02

Castor-Transporte Widerstand geht weiter

**WIR STELLEN
UNS QUER**
X
**KEINE WEITEREN
ATOM
TRANSPORTE**



Mitte November rollten wieder Castorbehälter Richtung Gorleben. Allen Behauptungen der Politiker und Medien zum Trotz ist der Widerstand ungebrochen.

Richtig ist, dass bei diesem Transport weniger Menschen bei den Demonstrationen und Blockaden teilgenommen haben. Doch dies ist nicht auf eine Gewöhnung an die Castor-Transporte zurück zu führen. Mit den Terroranschlägen vom 11. September in den USA und dem Krieg gegen Afghanistan ist auch das Thema Atompolitik vorübergehend in den Hintergrund getreten.

Repression und...

Dennoch haben sich wieder viele Tausende dem Castor in den Weg gestellt und trafen dabei auf einen hochgerüsteten Staatsapparat. 15.000 Polizisten verwandelten das Wendland wieder in eine Besatzungszone. Kurzfristige und willkürliche Verbote von Demos und anderen Aktionen hatten zur Folge, dass die Mobilisierung sehr schwer wurde. Neben britischer Polizei kamen diesmal auch Kampftrupps (ohne Maulkorb!) zum Einsatz, mehrere Verletzte waren die Folge. Trotz der schweren Umstände gelang es mehrfach,

die Straße zu blockieren und damit den Transport zu verzögern.

...Solidarität!

Überwältigt war wieder mal der Zusammenhalt der Bevölkerung im Wendland, gerade der Bauern. Im ganzen Landkreis gibt es 500 Traktoren, 300 davon waren an Blockadeaktionen beteiligt! Klasse war auch die Solidarität, die uns Auswärtigen entgegengebracht wurde. Ein großes gelbes X signalisierte, dass man dort übernachten konnte. An jeder Ecke gab

es Essen und Trinken, ohne dass sich jemand eine goldene Nase daran verdient hätte. In den Quartieren, die restlos überfüllt waren, gingen die Leute, obwohl total gestresst und übermüdet, rücksichtsvoll mit einander um. Diese Bewegung war wieder ein Beleg dafür, welche Fähigkeiten in den Menschen stecken, wenn sie für eine Sache gemeinsam kämpfen.

Die SAV-Mitglieder vor Ort haben Aktionen mit vorbereitet und waren bei einer erfolgreichen Straßenbesetzung dabei. Gleichzeitig

haben wir mit vielen Leuten über unsere Alternative zur Atompolitik gesprochen. Über 200 verkaufte Zeitungen zeigen das wachsende Interesse an sozialistischen Ideen. Mehr als 20 Leute, die wir kennen gelernt haben, sind an der SAV interessiert. Die Hälfte davon kommt aus dem Wendland, so dass wir dort hoffentlich bald eine Ortsgruppe aufbauen und somit auch die Bewegung politisch weiterbringen können.

Torsten Sting, Rostock

SAV-Spendenappell Deine Spende für den Antikriegsappell

Das Jahr 2001 neigt sich dem Ende zu, doch statt vielgepredigter „vorweihnachtlicher Ruhe“ herrscht Krieg. Der Feldzug der weltweiten imperialistischen Mächte gegen Afghanistan ist nur einer der Kriegsschauplätze weltweit. Jährlich sterben 52 Millionen Menschen an den Folgen von Hunger und Elend.

Drei Milliarden Mark will die Bundesregierung für die Verschärfung der „Inneren Sicherheit“ ausgeben. Dies ist ein Versuch, zunehmende soziale Kämpfe und die wachsende Bewegung gegen den globalen Kapitalismus zu behindern und „klein zu kriegen“.

Damit dies nicht gelingt, müssen wir uns zusammen schließen – hier, aber auch über Ländergrenzen hinweg. Die SAV ist mit Schwesterparteien in 36 Ländern auf allen Kontinenten im Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI) zusammengeschlossen und organisiert Aktionen gegen den Krieg in aller Welt. Sei es in den USA, Israel/Palästina oder Nigeria.

Die Mittel der Bürgerlichen sind vielseitig und riesig – dagegen sind unsere Ressourcen bescheiden. Wollen wir zum Beispiel der Kriegspropaganda etwas entgegen setzen, so benötigen wir eigenes Material und natürlich Geld, um dieses zu produzieren. Daher bitten wir Dich, eine Spende für die Antikriegsarbeit der SAV zu geben. Die Spendengelder benötigen wir unter anderem für einen neuen Kopierer in der Bundeszentrale und für die Arbeit unserer Internationale.

Jede Spende zählt – egal ob 10, 100 oder 500 Mark. Für 10 Mark lassen sich zum Beispiel 250 Flugblätter drucken. Für 50 Mark lässt sich ein gutes Transparent anfertigen und für 500 Mark können 2000 Plakate hergestellt werden.

Lasst uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass Kriege, Krisen und Katastrophen bald der Vergangenheit angehören.

Spende bitte an:

Sozialistische Alternative – SAV
Kontonummer: 2500 59 430
BLZ: 360 100 43
Postbank Essen
Stichwort: „Antikriegsappell“

Rostock

Erfolgreiche attac-Veranstaltung

Die von Mitgliedern der SAV gegründete Sozialistische Hochschulgruppe (SHG) hatte eingeladen unter dem Motto „Was ist attac?“, um über Neoliberalismus, Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung und Perspektiven des Widerstandes zu diskutieren. Die SAV hat dazu innerhalb von nur drei Tagen über 1.200 Flyer verteilt und 150 Plakate aufgehängt. Vorwiegend wurde an der Universität mobilisiert.

Die Veranstaltung selbst war dann auch ein großer Erfolg. Es kamen insgesamt ungefähr 85 Leute, davon in etwa 20 organisierte Linke von PDS, Jusos, DGB, Antifa und SAV. Diese 85 Leute sind für Rostock eine ganze Menge. Das war die größte linke Veranstaltung seit vielen Jahren hier. Die Beiträge und auch die Einleitung des attac-Referenten waren klar antikapitalistisch. Es gab verschiedene Vorschläge für Arbeitskreise, unter anderem „Antimilitarismus/Antikriegsarbeit“ oder „Eine andere Welt ist möglich und nötig! Aber wie und welche Gesellschaftsalternative gibt es?“. Die Ideen stießen auf breite Zustimmung. Am Ende erklärten sich ungefähr 20 Leute bereit, darunter besonders viele nicht organisierte, in Rostock eine neue attac-Gruppe mit aufzubauen. Ein nächstes Treffen soll es am 10.12. geben.

Marén Wiese, Rostock

Marén Wiese, Rostock

fassungsschutz filmen zu lassen, der mit zwei Kameras anwesend war. Außerdem gab es immer wieder Schikanen seitens der Polizei, so sollten wir den SAV-Informanten einen Meter versetzt aufbauen, dass die FußgängerInnen nicht behindert werden. Der Demozug wurde mit Aufforderungen wie „Schneller, schneller...“ vorangetrieben.

Insgesamt waren an dem Tag bis zu 500 Leute da. Die Polizei sprach gegenüber der Presse von nur 150 Leuten, was eine Frechheit war.

Nico, Kassel



Attac erhält bundesweit gerade nach dem erfolgreichen Gründungskongress riesigen Zulauf. Überall entstehen neue Gruppen und auch in Rostock fand am 21. November endlich die erste attac-Veranstaltung statt.

Kassel

„Global Action Day“

Im Zuge des „Global Action Day“ hat die Initiativegruppe Nordhessen des Netzwerkes attac in Kassel eine Demonstration mit Kundgebung veranstaltet. Die SAV Kassel hat sich intensiv bei der Organisation der Demo und bei der Durchführung beteiligt. Wir haben etwa drei Viertel der Mobilisierung gemacht, vor allem vor Schulen. Eine Anstrengung, die sich lohnte: Eine große Zahl von Jugendlichen war auf der

Demo. 29 VORANs wurden verkauft und 88 Mark für den Spendenfonds eingenommen. Drei GenossInnen der SAV konnten reden.

Die Polizei ist sehr repressiv aufgetreten. So wurde ein Junge von Polizisten rüde festgehalten und herumgezerrt, da er einen Aufkleber an eine Straßenbahn geklebt hat. Auch wurden die DemonstrantInnen gezielt provoziert, um die Reaktion vom Ver-

Köln

Kein Verkauf städtischer Wohnungen

In Köln sind SAV-Mitglieder aktiv in der Initiative gegen den Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaften GAG und Grubo.

Diese Initiative organisierte am 22. November eine Protestkundgebung vor der Kölner Ratssitzung.

Die Mehrheit von CDU, FDP und Republikanern will ein erfolgreiches Bürgerbegehren mit 65.000 Unterschriften übergehen und am 20. Dezember den Komplettverkauf der beiden Wohnungsgesellschaften mit 42.000 Wohnungen und 100.000 MieterInnen an eine Immobilienfirma beschließen.



Ursel Beck (SAV) am 22. November vor der Kölner Ratssitzung

Grünen-Parteitag

Keine Kompromisse – Nein zum Krieg!

Anlässlich des Parteitages der Grünen am 24.11. in Rostock fanden sich knapp 100 Leute zu einer Protestaktion gegen den Krieg ein.

Einige Frauen dichteten das Lied „Die Partei, die Partei, die hat immer recht...“ um und wiesen damit auf die „Umfaller“ bei den Grünen hin. Von der SAV konnte René Henze für das „Antifaschistische Jugendbündnis“ reden.

Der Kriegskurs der Parteiführung bekam mit knapp 75 Prozent der Stimmen eine klare Mehrheit, wodurch sicherlich auch die letzten linken Mitglieder und UnterstützerInnen ermüdet wurden. Erneut hat sich gezeigt, dass sich die Grünen von ihren Wurzeln, wie zum Beispiel der Friedensbewegung, verabschiedet haben. Der Fortbestand der Regierungskoalition, die Krieg unterstützt, Sozialabbau und Privatisierungen betreibt, ist ihnen wichtiger als „alte Ideale“. Eine breite Unterstützung können sie dafür nur noch innerhalb der Partei finden, draußen dagegen waren sich wohl alle einig:

Nein zum Krieg – und damit auch Nein zu den Grünen!

Zitate

„Nicht die Partei ist zerrissen, sondern der Konflikt zerreißt jeden von uns.“

Parteichefin Claudia Roth

„Wir biegen uns, dass es kracht.“

Hans-Christian Ströbele, Bundestagsabgeordneter zu den Kompromissen mit der SPD im Afghanistan-Konflikt

„Wir haben uns bemüht, eine Brücke zwischen Gegnern und Befürwortern des Bundeswehrensatzes zu schlagen.“

Ex-Ministerin Andrea Fischer

„Eine historische Klarheit, die endlich mal Arbeit geschaffen hat.“

Daniel Cohn-Bendit, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, nach der Entscheidung

„Und Tschüss – Aufrichtige Grüne treten aus!“

Transparent gegenüber dem Rednerpult



Nachrichten aus der Internationale

Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI – Committee for a Workers International). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das CWI hat Parteien und Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Sri Lanka

Für den 5. Dezember sind in Sri Lanka auf nationaler Ebene Wahlen angesetzt. Diese Wahlen finden statt, weil die Regierung vor dem Hintergrund der tiefen ökonomischen und politischen Krise das Parlament aufgelöst hatte. Die USP tritt in 9 Wahlkreisen, was einem Drittel des Landes entspricht, mit 126 eigenen Kandidaten an. Eine Kooperation für die Wahlen kam nicht zustande, da die NSSP, eine der beiden großen linken Parteien in Sri Lanka, dies abgelehnt hatte. 120.000 Flugblätter und 20.000 Plakate werden von der USP während des Wahlkampfes verteilt werden.

Britannien

Am 24.11. fand eine nationale Gewerkschaftskonferenz gegen Privatisierungen in London statt, die von einer breiten linken Opposition in sechs verschiedenen Gewerkschaften organisiert wurde. Den Anstoß gegeben hatten Mitglieder der Socialist Party. Über 100 KollegInnen von 13 verschiedenen Gewerkschaften waren anwesend. Es wurde entschieden, Druck auf den Gewerkschaftsdachverband (TUC) und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auszuüben, eine Demonstration gegen die Privatisierungswelle zu organisieren. Für den Fall, dass dies nicht geschehen sollte, wurde ein Komitee gebildet, welches dann einen Streik an der Basis vorbereiten soll.

Die Unterstützung für Gruppen von ArbeiterInnen, die sich im Streik gegen Privatisierungen befinden – wie die ArbeiterInnen im Dudley Hospital oder die KollegInnen in Waltham und Hackney – stand eben so sehr im Mittelpunkt der Konferenz wie die Notwendigkeit der internationalen Solidarität in Kämpfen.

Russland

Die CWI-Sektion in Russland ist derzeit dabei, zusammen mit den Gewerkschaften und Gruppen von sozialistisch eingestellten Akademikern attac in Russland zu gründen. 200 TeilnehmerInnen zählte die erste öffentliche attac-Aktion im November, was ein sehr gutes Ergebnis für Moskauer Verhältnisse ist.

Adresse:

CWI, PO Box 3688,
London E11 1YE, GB
Tel.: 0044 20 8558 5814
Fax: 0044 20 8988 8793
e-Mail: CWI@worldsoc.co.uk
www.worldsocialist-cwi.org



Nein zum EUROpa der Banken & Konzerne



Mit der Europäischen Währungsunion tun sich die Kapitalisten zusammen, um ihren gemeinsamen Interessen nachzukommen. Die Interessen der Kapitalisten sind den Interessen der Lohnabhängigen diametral entgegengesetzt. Darum müssen sich ArbeiterInnen und Arbeitslose über Ländergrenzen hinweg von unten her zusammentun – wie auf dieser Demo im November 1997 in Luxemburg

Was wurde uns nicht alles in den letzten Jahren über den Euro versprochen: Arbeitsplätze sollte er schaffen, die Wirtschaft wachsen lassen, den Wohlstand mehren, den europäischen Gedanken fördern. Ex-Kanzler Kohl erklärte sogar, die Frage des Euro sei die Frage von Krieg oder Frieden in Europa des 21. Jahrhunderts. Seit 1999 gibt es den Euro als Buchgeld – jetzt auch als Bargeld – und wie sieht die Wirklichkeit aus?

Von Christoph Wälz, Trier

Die Arbeitslosigkeit wächst, die Wirtschaft schrumpft, die Realeinkommen sinken. Rassismus und Nationalismus haben in Europa nicht absondern zugenommen. Seit der Einführung des Euro als Buchgeld 1999 wurde in Europa der Balkankrieg geführt, deutsche Soldaten stehen in Kosova und Mazedonien.

Der Euro war in jeder Hinsicht von Anfang an ein Projekt für das Kapital. In den letzten Monaten wurde für alle deutlich, dass die Masse der VerbraucherInnen drauf zahlen muss. Denn der Einzelhandel nutzt den Euro, um die Preise zu erhöhen. Aber das ist sogar nur die Spitze von der Spitze des Eisbergs. Der Preis, den wir für den Euro zahlen und noch zahlen sollen, ist viel teurer.

1992 verpflichteten sich die EU-Staaten auf verschiedene monetäre Kriterien für eine Teilnahme am Euro. Dem damaligen Finanzminister Theo Waigel (CSU) war das Ziel dieser Kriterien klar: *„Bei den Maastrichter Verträgen ist der Weg auch ein Stück weit das Ziel, erlaubt es doch den Regierungen und Parlamenten, von ihren Völkern einschneidende Solidaritätsoffer zu verlangen.“*

Diese Opfer aus Solidarität mit dem Kapital ließen dann auch nicht lange auf sich warten. Mit Sparpaketen und Privatisierungen sollten die Volkswirtschaften *„fit für den Euro“* gemacht, und die Stellung der Lohnabhängigen geschwächt werden.

Mit der Einführung des Eurobargeldes nehmen die negativen Folgen weiter zu. Denn Löhne und Preise sind jetzt unmittelbar vergleichbar. Der Konkurrenzdruck zwischen den Beschäftigten verschiedener Länder wird zunehmen. *„Damit wird die Lohndisziplin gestärkt“*, freut sich die Deutsche Bank (Studie *„Eine stabile Währung für Europa“* 1/96).

Überall sollen sozial-, umwelt- und arbeitsrechtliche Standards auf dem niedrigsten Niveau angeglichen werden. Preise wie in Deutschland – Löhne wie in Portugal!

Kein Wunder also, dass sich die Mehrheit der Dänen gegen den Euro aussprach. Hierzulande wurden wir vorsichtshalber gar nicht erst gefragt.

Mit dem Euro kommt es zu einer stärkeren Spaltung zwischen reichen und armen Ländern. Der damalige Arbeitgeber-Präsident Hundt drückte die entsprechenden Wünsche der Herrschenden aus, als er sagte: *„Wir brauchen eine auf Wettbewerbsfähigkeit basierende Stabilitätsunion, nicht jedoch eine Transferunion mit immer umfangreicheren zwischenstaatlichen Umverteilungsmechanismen“* (Handelsblatt, 31.12.1996). Solche sind auch gar nicht vorgesehen.

Wie bei allen Projekten der kapitalistischen Globalisierung wird Wohlstand versprochen, aber das Gegenteil ist der Fall.

Die SAV hat den Euro von Anfang an abgelehnt. Nicht aus nationalen, sondern aus sozialen Gründen. Wir kämpfen zusammen mit Lohnabhängigen aus anderen Ländern gegen die neoliberale Politik der Regierungen.

Wir haben den Euro nicht bestellt, wir sind nicht bereit, die unsocialen Folgen zu bezahlen.

Unter der Einheit Europas verstehen wir nicht die Einheit der Banken und Konzerne bei Lohnrückerei und Sozialabbau, sondern die Einheit der Beschäftigten und der Jugendlichen im Kampf um Arbeitsplätze und Einkommen.

Letztendlich werden wir mit diesem Kampf nur erfolgreich sein, wenn wir das Europa der Banken und Konzerne durch ein sozialistisches Europa ersetzen.

Wie groß ist deine Armut in Euro?



21. September 2001: Proteste im belgischen Lüttich gegen den sozialen Kahlschlag, den die EUROpaische Union durchzuführen versucht

- In den Euro-Ländern ist offiziell jeder Zehnte arbeitslos. Die Hälfte von ihnen ist länger als zwölf Monate ohne Arbeit
- Millionen von gesicherten Arbeitsverhältnissen wurden in der Vorbereitungszeit auf die Währungsunion durch Zeitarbeit, Gelegenheitsjobs und ungeschützte Arbeitsverhältnisse ersetzt
- Während die Abgeordneten des Europaparlaments Diäten von mehr als 130.000 Mark und Fahrtkostenzuschüsse von mehr als 280.000 Mark im Jahr kassieren, bekommen Millionen von Beschäftigten nicht einmal den von der EU empfohlenen Mindestlohn
- Mehr als 100 Milliarden Mark werden für das Kampfflieger-Projekt Eurofighter verschwendet. Das ist ein größerer Betrag als das, was benötigt würde, um europa- und weltweit allen Menschen eine Grundversorgung mit Bildung, Gesundheit, ausreichend sauberm Wasser und sanitären Anlagen zu ermöglichen (Vereinte Nationen von 1998)
- *„Frankreich ist immer noch im Mittelalter. Es könnte genauso gut von Seigneurs (Feudalherren) regiert werden, weil wir, die Arbeiter, Leibeigene sind. Wie soll ich mit 7.632 Franc (2.293 Mark) im Monat vier Kinder aufziehen?“* (Französischer LKW-Fahrer im European, 6.11.97)

70-Stunde-Woche für die Euro-Umstellung

In dem Zeitraum der Euro-Umstellung kommen Arbeitszeiterlängerungen und Sonntagarbeit auf die Beschäftigten der Banken und Sparkassen zu.

In Berlin erließ die Arbeitsverwaltung des Senats 13-Stunden-Arbeitstage. „In Ausnahmefällen“ 70-Stunden-Wochen und bei grünem Licht der Personalräte (die sicherlich massiv unter Druck gesetzt werden) die Öffnung an vier Sonn- und Feiertagen.

170 Milliarden Mark für die Banken

Die Sorgen von Bundesbank und Regierung drehen sich bei der Euro-Umstellung keinesfalls um unser Wohlergehen. Denn was macht man mit 170 Milliarden überflüssig gewordenen Mark? Die Bundesbank braucht ihre Währungsreserven nicht mehr, weil dafür künftig die Europäische Zentralbank verantwortlich ist. Anstatt diese Reserven aber der Bevölkerung zukommen zu lassen (das wären 2.000 Mark für jede und jeden), sollen sie auf den Devisenmärkten verkauft werden!

Euro und Außenpolitik

Ex-Kanzler Helmut Schmidt (SPD) über den Sinn des Euro und der Währungsunion: *„Es liegt im zentralen strategischen Interesse Deutschlands, eine Rückkehr zu einer Lage zu vermeiden, in der sich unsere vielen Nachbarn gegen eine vermeintliche oder tatsächlich bedrohliche Stärke Deutschlands miteinander verbünden, um uns Deutsche in Schach zu halten.“*

aus: Der zweite Anlauf, die letzte Chance. In: DIE ZEIT, 5. April 1996

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin, Fax 030-24723804, e-mail: info@sav-online.de

Ich möchte die

VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 MARK
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ MARK bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name, Telefon

Adresse